

Bäcker-Zeitung.

Organ aller in der Nahrungsmittel-Industrie beschäftigten Gesellen, Gehülfen, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Offizielles Organ
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse
der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Dresden).

Herausgegeben und redigirt von D. Allmann, Hamburg, Gr. Neumarkt 28 I

Erscheint alle 14 Tage, Sonnabends.

Offizielles Organ des Verbandes
der
Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz: Hamburg).

Vereins-Anzeigen für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 10 \mathcal{A} , Geschäfts-Anzeigen 15 \mathcal{A} , doch ist bei Einbringung von Letzteren der Betrag beizufügen.

Mitglieder des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands erhalten dieses Blatt gratis.

Vereinsbezug für Fachvereine der Bäcker bei mindestens 10 Exemplaren pro Quartal 75 \mathcal{A} . — Für Einzel-Abonnements pro Quartal M. 1,20.

Lohnbewegung.

Buzug ist streng fernzuhalten
von München und Kiel.

Der Verbandsvorstand.

NB. Man sollte meinen, daß auch ohne dieser Warnung des Verbandsvorstandes wenigstens Mitglieder des Verbandes nicht nach diesen Orten reisen, da sie doch aus dem Fachorgan wissen müssen, daß in diesen Städten Lohnbewegungen unter den Koll. im Gange sind. Trotz alledem wiederholt sich hier wie seiner Zeit in Hamburg-Altona das Schauspiel, daß Verbandsmitglieder zureisen, die nur mit dem ausgesprochenen Willen kommen, diese Bewegung mit anzusehen oder selbst mitzumachen. Das muß unterbleiben, denn auf solche Weise wird die Bewegung nur mit unnützen Ballast beladen, die Zahl der Arbeitslosen am Orte wird nur vergrößert, und genauen Einblick bekommt ein solches ortsunkundiges Mitglied in die Führung der Bewegung doch nicht. Die Mitglieder haben auf alle Fälle solchen Orten, wo Lohnbewegungen im Gange sind, fern zu bleiben, auch ohne besondere Aufforderung dazu. D. D.

Achtung! Kollegen Deutschlands!

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, wird in den nächsten Tagen dem Bundesrath ein Antrag der preussischen Regierung zugehen, der bezweckt, den in der Bundesrathsverordnung vom 4. März 1896 vorgesehenen 12stündigen Maximalarbeitsstag für Bäcker in eine 8stündige Maximalarbeitswoche umzuwandeln.

Die wilde Agitation der Innungsmeister gegen den Maximalarbeitsstag soll demnach von Erfolg gekrönt werden; trotzdem schon heute wohl die Hälfte der Bäckereien sich der Verordnung entsprechend durch technische Verbesserung der Betriebsrichtungen eingerichtet haben und alle mit der Verordnung gut auskommen, trotzdem sich fast sämtliche Gewerbe-Inspektoren für die Nothwendigkeit der Verordnung in ihrer jetzigen Form und deren Durchführbarkeit erklärt haben, soll also dieselbe so umgemodelt werden, daß an eine genaue Kontrolle der Arbeitszeit in den Bäckereien nicht mehr gedacht werden kann.

Das winzige Bischen Arbeiterschutz, was in der Verordnung enthalten war, soll durch diesen Antrag vollständig illusorisch gemacht werden und bei dem Geiste Stummis, der in den Regierungen umgeht, ist wohl nichts anders zu erhoffen, als daß die geplante Verschlechterung Gesetz wird!

Kollegen Deutschlands! Werdet Ihr Euch solche Verschlechterung der in laugem schwerem Kampfe errungenen Arbeiterschutzbestimmungen ruhig gefallen lassen? Wir glauben das nicht! Wir sind vielmehr der Meinung, daß Ihr Muth genug besitzt, um energisch Front zu machen gegen die Verschlechterung Eurer so schon trüben Lage. Wollt Ihr vermeiden, daß Eure Innungsmeister, welche jetzt schon in hellen Jubel über die Erfolge ihrer Gegenagitation ausbrechen, Euch noch mehr knechten und entrechten können, als wie bisher, so schaaert Euch zusammen, erhebt in großen imposanten Versammlungen flammenden Protest gegen die geplante Verschlechterung! Aber keine Zeit ist zu verlieren, schnell und energisch muß jetzt von Euch gehandelt werden.

Die Redaktion.

Vorstandsbericht vom 1. Januar 1897 bis 31. Dezember 1898.

Wieder sind zwei Jahre, der Zeitabschnitt, welcher zwischen zwei Generalversammlungen des Verbandes liegt, verfloßen und wir können mit Recht sagen, daß diese Periode eine Zeit reger Entwicklung für unsere Organisation war, wo es uns gelungen ist, durch rege Agitation eine große Anzahl unserer noch im Indifferentismus dahin lebenden Kollegen der Gleichgültigkeit zu entreißen, eine Zeit, in der der Verband nicht nur nach außen gestärkt worden

ist und neue Mitglieder gewonnen hat, sondern auch durch rührigste Agitation und Ausmerzung der in einzelnen Verwaltungsstellen vorhandenen Fehler nach innen gestärkt und gefestigt worden ist.

Nach langer ruhiger Zeit wurde wieder zum ersten Male in dieser Geschäftsperiode der Versuch unternommen, aus eigener Kraft, durch die Organisation eine Verbesserung der traurigen Existenzbedingungen zu erringen, und dieser Versuch ist glücklich zum Ziele geführt worden durch den Opfermuth und die Solidarität der Kollegen und nicht zum Mindesten durch die regste Unterstützung der organisierten Arbeiterschaft. Es war der erste große Kampf, der für die Organisation und ihre Mitglieder greifbare Erfolge zeitigte, neu gestärkt und an Erfahrungen reicher ist die Organisation aus diesem Kampfe hervorgegangen.

Aber auch in anderer Beziehung waren die vergangenen 2 Jahre für uns eine lehrreiche Zeit, eine Zeit regster Thätigkeit, mühevoller Arbeit, aber auch mancher Erfolge. Die letzte Generalversammlung in Gera stand unter dem Zeichen der Anträge, welche darauf abzielten, unsere Organisation mit der der Müller und Konditoren zu einem Verbande zu verschmelzen. Die Anträge stießen auf großen Widerstand und wurden abgelehnt. Mancher der Befürworter hielt diesen Beschluß für ein Gemüth der Organisation, die Zeit hat aber gelehrt, daß unser Verband auch allein vergrößerungsfähig und verbesserungsbedürftig war, und erfreuliche Fortschritte sind in dieser Zeit gemacht worden.

Bezeichnend ist, daß von keiner Mitgliedschaft, auch nicht von den eifrigsten Befürwortern des Verschmelzungsantrages, zu der jetzt bevorstehenden Generalversammlung wieder ein solcher Antrag eingebracht ist. Alle sind mit der Entwicklung der Organisation zufrieden und wünschen mit uns ein weiteres Wachsthum des Verbandes, und ein großes Feld zu bearbeiten steht uns auch noch bevor, denn von den 70 000 in Deutschland arbeitenden Bäckerarbeitern sind bisher kaum etwas über 3000, also 4 pZt. organisiert.

Das Treiben der Innungsmeister, den ihnen so verhassten Maximalarbeitsstag wieder zu Falle zu bringen, erforderte zunächst regste Gegenagitation von unserer Seite.

Zahllose Protestversammlungen fanden zu diesem Zwecke statt und in 30000 Exemplaren wurde ein Flugblatt unter den Kollegen verbreitet. Nun, bis heute ist es den Innungen trotz allem Geschrei nicht gelungen, den Maximalarbeitsstag wieder von der Bildfläche verschwinden zu lassen, und hat auch ihre wüste Agitation gegen denselben etwas nachgelassen, wir haben aber doch keine Ursache, nun ruhig die Hände in den Schooß zu legen, denn noch viel, sehr viel bleibt zu thun, um es dahin zu bringen, daß auch überall die Bundesrathsverordnung beachtet und respektirt wird.

Eine wichtige, sehr viel Mühe verursachende Arbeit war dem Verbandsvorstand übertragen: die Herausgabe einer Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Berufe. Es wurden zu diesem Zwecke herausgegeben 8000 Fragebogen Nr. 1 (zur Erforschung der Zustände und Arbeitszeit in den Bäckereien), 15000 Nr. 2 (zur Einzelbefragung der Gesellen), 6000 Nr. 3 (zur Befragung der Lehrlinge) und 3000 Nr. 4 (zur Befragung der arbeitslosen Gesellen). Beantwortet kamen zurück von Nr. 1 1131, von Nr. 2 2378, von Nr. 3 196 und von Nr. 4 1482. Das Resultat der Erhebungen wurde zusammengestellt und in einer Broschüre (5000 Stück) im Juni 1898 herausgegeben.

Im Jahre 1897 traten mehrere Mitgliedschaften an den Verbandsvorstand heran, die für ihren Ort eine lokale Arbeitslosenunterstützungskasse einführen wollten. Der Vorstand rieth, mit Ausnahme der Mitgliedschaft München, wo andere Gründe die

Einführung erwünscht machten, allen Mitgliedschaften von einem solchen Vorgehen ab, in der Meinung, daß eine solche Einrichtung nur im Zentralverbande obligatorisch einzuführen sei. Inzwischen hat sich die Arbeitslosenunterstützung in München gut bewährt und liegen der diesjährigen Generalversammlung verschiedene Anträge auf Einführung derselben im Verbande vor. In der Presse ist diese Frage schon in ausgedehntem Maße erörtert und wird dieselbe auch in weitgehender Weise den Verbandstag beschäftigen.

Die auf dem letzten Verbandstag beschlossene Beitragserhöhung auf monatlich 80 Pfg. hat sich bewährt. Der Verband war dadurch in der Lage, die Agitation unter den indifferenten Kollegen intensiver und auf wirksamere Art und Weise zu betreiben. Von den Innungen wegen ihrer Thätigkeit für den Verband gemakregelte Kollegen konnten dadurch unterstützt und für die Organisation erhalten werden, bis es schließlich möglich wurde, ihnen andere Arbeit zu verschaffen. Durch die erhöhten Beiträge ist unsere Organisation erst fähig geworden, in der Agitation etwas zu leisten und ihre Mitglieder vor den brutalen Makregelungsversuchen der Innungen zu schützen.

So konnten nach verschiedenen Städten im Süden, Osten und Westen Deutschlands Agitatoren hingesandt werden, wo dies früher aus Mangel an Mitteln nicht geschehen konnte. Die Erfahrung, daß immer eine ganze Reihe neugegründeter Mitgliedschaften durch die Unfähigkeit der Kollegen, diese zu leiten, wieder zu Grunde ging, zwang den Vorstand zu einer anderen Taktik in der Agitation. In den größeren Städten, wie Magdeburg, Braunschweig und andere, wo es uns absolut nicht möglich war, eine Zahlstelle zu halten, sorgte der Vorstand zunächst dafür, daß in diesen Städten ein tüchtiges, erfahrenes Verbandsmitglied in sichere Stellung in die Genossenschafts- oder Konsumbäckerei kam, oder mit Hilfe des Gewerkschaftskartells bei einem Meister in der Arbeitergegend. Hatte dann dieses Mitglied sich in die örtlichen Verhältnisse eingelebt, so fand eine Versammlung statt und die dann gegründete Mitgliedschaft blieb auch bestehen, weil ein tüchtiger, erfahrener Kollege den jungen Mitgliedern zur Seite stand. Diese Taktik hat sich überall bewährt, in manchen Fällen hielt es aber schwer, einen solchen Kollegen in Arbeit zu bringen und kostete dem Verband erst für einige Wochen Unterstützung. Dieses Vorgehen hat sich aber stets bezahlt gemacht und ist neuerdings wieder in einigen Großstädten im Süden danach verfahren. In anderen Städten, so in Köln, Breslau, Osnabrück und Danzig wurde vom Vorstand wiederholt der Versuch gemacht, in dortigen Genossenschafts- und Konsumbäckereien oder auch bei Meistern, die von Arbeiterfundschaft abhängig sind oder mit unseren Bestrebungen sympathisiren, tüchtige Mitglieder in Stellung zu bringen. Leider blieben bisher die Versuche erfolglos, doch wird sich der Vorstand auch fernerhin nach dieser Richtung alle Mühe geben. Der Versuch, durch Bezirkseinteilung die Mitgliedschaften in den einzelnen Landestheilen mehr in gegenseitige Fühlung zu bringen und mehr ihr Augenmerk auf die Agitation unter den Kollegen der umliegenden Städte zu richten, hatte nur wenig Erfolg. Der diesjährige Verbandstag wird hierin erst Wandel schaffen müssen, woran auch mehrere gestellte Anträge hingingen. Der Mangel an tüchtigen rednerischen Kräften, welche die Agitation vorantreiben können, ist im Verband immer noch groß, deshalb müssen es die Mitgliedschaften, besonders die stärkeren, sich angelegen sein lassen, jungen Mitgliedern durch rege Diskussion in den Versammlungen oder sonstigen Zusammenkünften Gelegenheit zu geben, ihren Gedanken Worte zu geben und sie dazu anregen, sich in die Verwaltungsgeschäfte der Mitgliedschaften einzumischen.

Partielle Streiks fanden 1897 in der Leipziger Genossenschaftsbäckerei, Hamburger Hansabrotfabrik und der Bornhöft'schen Brotfabrik in Rostock statt. Erstere beiden waren von Erfolg gekrönt. Letzterer ging für uns verloren.

Im Anfange des Jahres 1898 stellten die Kollegen der Bremer Brotfabrik Forderungen, welche schließlich durch einen Vergleich bewilligt wurden, desgleichen errangen die Kollegen der Brotfabrik in Hausen bei Frankfurt a. M. durch einmüthiges Vorgehen eine Lohnerhöhung.

Im Februar gelang es, in Magdeburg, Dortmund, Offenbach und Breslau neue Mitgliedschaften zu errichten, wovon die ersten drei recht gut bestanden.

Dann griff die Agitation zur Beseitigung des Kost- und Logiswesens in Leipzig und Hamburg-Altona Platz, durch diese Bestrebungen veranlaßt, erließ in Nr. 4 des Verbandsorgans der Vorstand den Aufruf zur Rüstung zu diesen Kämpfen. Leider schlossen sich andere Städte dieser Bewegung nicht an, in vielen davon dürfte dieselbe erst in diesem Jahre zum Austrag gebracht werden. In Leipzig verlagten in letzter Stunde die Kollegen den Kampf, während es am 22. Juni in Hamburg-Altona-Wandsbeck zum Streit kam. (Der Verlauf des Streiks ist den Kollegen genügend bekannt.) Der Vorstand sah sich genöthigt, sofort bei Ausbruch des Kampfes in 35 000 Exemplaren ein Flugblatt an die Kollegen Deutschlands herauszugeben, um die Kollegen vor Zugung zu warnen. Den Innungen gelang es zwar, durch alle möglichen Mittel Arbeitswillige genügend heranzuschleppen, doch wurde ihnen durch den Vorstoß eine gehörige Schlappe beigebracht. Während des Kampfes zeigte sich die Solidarität der organisierten Kollegen des In- und Auslandes in schönster Weise, ca. Mk. 4500 wurden zur Unterstützung der Streikenden von ihnen aufgebracht. In Lübeck wurde wegen sanitärer Uebelstände und Mäßregelung von Verbandskollegen über die Eversche Brotfabrik die Sperre verhängt, die während des Streiks in Hamburg-Altona erfolgreich für uns beendet wurde.

In Bremen tobt schon seit Jahren der Innungspascha Herr M., welcher besonders vor und während des Hamburger Streiks alles aufbot, die organisierten Kollegen hinauszumageln, diese mußten einen Verzweigungskampf zur Erhaltung ihrer Organisation wagen und reichten Forderungen ein auf Anerkennung des Verbands-Arbeitsnachweises. Mit Hilfe der Arbeiterschaft erreichten sie auch einige Erfolge und so besteht dort unsere Mitgliedschaft heute besser als vordem.

In Würzburg und Mannheim reichten die jungen, erst seit kurzer Zeit dort bestehenden Mitgliedschaften, welche sich aber recht schnell entwickelt hatten, im September und Oktober minimale Forderungen auf Beseitigung der aller schlimmsten Uebelstände im Kost- und Logiswesen, sowie auf geringe Lohnerhöhung ein. In letzter Stadt endigte die Bewegung am 29. November durch einen Vergleich mit der Innung, mit welchem Erfolg unsere Kollegen zufrieden sein konnten. Jetzt versuchen nun die dortigen Innungsprogen, die Leiter der damaligen Bewegung zu maßregeln, das Gewerkschaftsstatut hat sich jedoch der Sache angenommen und können leicht noch ernste Konflikte daraus entstehen. In Würzburg sah sich durch den Druck der öffentlichen Meinung die Behörde zu scharfer Kontrolle der Bäckereien und strikter Durchführung der Bäckerschutzbestimmungen veranlaßt, damit haben sich die Kollegen vorläufig zufrieden und versichern die Durchführung ihrer Forderungen.

Im Herbst wurden noch in Kassel, Gießen, Mainz, Wiesbaden, Braunschweig, Werra und Sondershausen neue Zählstellen errichtet. Die Mitgliedschaft, Chemnitz mußte vom Vorstand nach zweimonatlichem Bestreben wieder aufgelöst werden wegen der vielen Polizeischereien, denen wirksam zu begegnen die jungen Mitglieder nicht gewachsen waren.

In Lübeck sah sich der Senat veranlaßt, um die sanitären Uebelstände in den Bäckereien zu beseitigen, eine Bäckereiverordnung, ähnlich der im Dezember 1897 in Hamburg erlassenen, anzusetzen.

Am letzten Jahre hat sich gezeigt, daß der so mächtig gegriechene Germania-Verband unserer Innungen doch nur sehr schwach ist, wenn es heißt, die Solidarität zu beweisen. Trotzdem der Vorstand dieses Verbandes mit Pauken und Trompeten seine Mitglieder fernwährend anfeuernte, Gelder zur Unterstützung der schwer bedrückten oder geschäftlich ganz ruinirten Hamburg-Altonaer Bäckermeister aufzubringen, kamen doch nur annähernd Mk. 3000 zusammen, noch nicht einmal Mk. 1 pro Kopf der Mitglieder des Innungsverbandes.

Ein panischer Schrecken über der Wirtschaft fuhr den Bäckernmeister an die Glieder und in bitteren Klagen nach dem bedrückten Herzen Luft. Wer aber glaubte, daß er nun etwas gelernt hätte und in Zukunft, wenn wieder Kollegen berechnete Forderungen stellen, etwas nachgebiger sein würden, der irrt sich gewaltig. Das beweisen die Vorgänge in Berlin und Kiel zum Genüge. So sich der Verband an Mitgliederzahl vermehrt hat, so sind auch im selben Maße die Einnahmen und Ausgaben gewachsen, wie folgender Vergleich zeigt:

Einnahme.		1897	1898
Nestbeiträge von 1896	51	32	2
Eintrittsgelder (1669 Mitglieder)	834	50	1 600
Duplikate	6	40	13
Beiträge (27 560 Wochenbeiträge à 15 Pfg.) (4789 Monatsbeiträge à 80 Pfg.)	4 135	35	14 280
Sonstige Einnahmen der Mitgliedschaften	3 831	20	5 893
Freiwillige Beiträge der Mitglieder	1 672	47	4 597
Broschüren	805	05	610
„Bäcker-Zeitung“	297	19	802
Sonstige Einnahmen der Hauptkasse	1 050	15	455
Summa	12 688	63	28 264

Ausgabe.		1897	1898
Agitation	1 295	27	2 006
Umfosten der Generalversammlung	267	35	—
Generalkommission, Nestbeiträge	155	48	—
Beiträge für 1897	111	48	180
Rechtsschutz	116	20	1 090
Reiseunterstützung	388	80	486
Persönliche Verwaltungskosten	1 502	13	1 719
Sachliche Verwaltungskosten	4 100	11	5 383
„Bäcker-Zeitung“	3 055	71	4 255
Gemäßregelten-Unterstützung	1 249	57	5 222
Streik-Unterstützung	—	—	4 050
Broschüren	—	—	1 077
Sonstige Ausgaben der Hauptkasse	—	—	307
Summa	12 242	10	26 379

Nach den Jahresrechnungen beliefen sich die Einnahmen und Ausgaben (inkl. Kassenbestand) 1895 1896 1897 1898
Mk. 6581,16 10 004,19 14 555,11 30 266,30
1898 schließt der Verband mit einem verbleibenden Kassenbestand von Mk. 3387,13 ab.

Mit der finanziellen Entwicklung des Verbandes können wir zufrieden sein und ist nur zu wünschen, daß diese Entwicklung ruhig weiter fortschreitet und die Vorstände der Mitgliedschaften mehr auf prompte, pünktliche Erledigung aller Kassengeschäfte und pünktliche Abrechnung mit der Hauptkasse Sorge tragen.

Um die Geschäfte des Vorstandes zu erledigen fanden 1897 19 Vorstandssitzungen statt, 1898 16. Die Hauptkasse wurde 1897 elf mal, 1898 neun mal revidirt, außerdem fand im letzten Jahre eine außerordentliche Revision durch die Revisoren und Vorstandsmitglieder sowie durch zwei Mitglieder des Ausschusses statt.

Das Fachorgan, welches bis Schluß 1896 in 2500 Exemplaren herausgegeben wurde, mußte in seiner Auflage bedeutend vermehrt werden, im

Jahre 1897 erschien es durchschnittlich in 3800 Exemplaren, 1898 in 4800 und während des Streiks in Hamburg-Altona erhöhte sich die Auflage bis auf 6000 Exemplare. 1897 mußte fünf Mal eine Beilage beigegeben werden, 1898 zwölf Mal. In letzter Zeit ist der Andrang von Material so groß geworden, daß es kaum noch möglich ist, mit den bestehenden Einrichtungen auszukommen und wird der Verbandstag eine öftere Erscheinungsrufe des Blattes festsetzen müssen oder die Versammlungsberichte müssen noch mehr als jetzt eingeschränkt werden. — Ein tüchtiger Schritt nach vorwärts ist in den letzten zwei Jahren in der Organisation gemacht worden, mögen die Beschlüsse des Verbandstages so ausfallen, daß noch ein weiteres Fortschreiten in der Zukunft möglich ist. Wenn jedes Mitglied sich zur Pflicht macht, überall die Interessen seiner Organisation zu vertreten und stets rege für den Ausbau derselben einzutreten, dann wird die Zeit nicht mehr fern sein, wo auch die Bäckerarbeiter menschliche Existenzbedingungen sich erringen können.

Der Verbandsvorstand.

Ueber die Durchführung der Bäckerschutz-Verordnung in Baden

heißt es in dem soeben erschienenen badischen Fabrikinspektionsbericht: „Im Berichtsjahre wurden 469 Bäckereien besichtigt. Es wurden dabei besonders solche Betriebe ausgewählt, bei denen vermuthet werden konnte, daß sie die zulässige Arbeitszeit voll ausnutzen, ferner solche, die sich in den Vorjahren Uebertretungen der Vorschriften hatten zu Schulden kommen lassen. Die Zahl der besichtigten Anlagen letztgenannter Art betrug 84. Im Ganzen wurden 45 Uebertretungen der Verordnung bezüglich der Arbeitszeit und 60 Uebertretungen der speziellen Vorschriften des großherz. Ministeriums des Innern vom 28. Febr. 1895 betreffs Sonntagsruhe festgestellt. 3 bezw. 2 dieser Uebertretungen betrafen Bäckereien, welche schon früher bestraft worden waren. Die Zahl der Bäckereien, in denen überhaupt Uebertretungen ermittelt wurden, war 91. Gegen 85 Bäckereien wurden Strafanträge gestellt, welche in 63 Fällen zu Bestrafungen in Höhe von 3 bis 21 Mk. führten. 10 Fälle sind noch nicht erledigt und in 12 Fällen fand Freisprechung oder Zurücknahme des Antrags statt. Die meisten Uebertretungen wurden zu Anfang des Jahres festgestellt. Gegen Schluß desselben wurden die Uebertretungen immer seltener. Nach unseren Wahrnehmungen erweist sich die obengenannte Bundesratsverordnung bei gutem Willen als vollkommener durchführbar; dies geht auch aus der geringen Zahl von wiederholten Uebertretungen bereits bestrafter Bäckereibesitzer hervor. Solche Meister haben auch gelegentlich ausgesprochen, daß sich der Betrieb der Verordnung entsprechend einrichten lasse.“

Ueber die Lohnbewegungen der Bäcker sagt Dr. Wörrishofer im badischen Fabrikinspektionsbericht: „Die Bäcker in Mannheim hatten an die Meister nachstehende Forderungen gestellt: 1. zehnprozentige Lohnerhöhung, besonders für die jüngeren Gehülfen, 2. reinliche Unterkunft. Jedem Arbeiter solle in heizbarem Zimmer sein eigenes Bett zugewiesen werden. In dem Zimmer soll für jeden Gehülfe ein Stuhl, außerdem ein Tisch zur gemeinsamen Benutzung vorhanden sein. Die Wohnräume sollen so eingerichtet sein, daß die Gehülfen nicht gezwungen sind, ihre dienstfreie Zeit in den Werkstätten zuzubringen und die Arbeitstische und dergl. zu benutzen. Jedem Gehülfe sollen in der Woche

zwei Handtücher verabreicht und die Bettwäsche alle vier Wochen gewechselt werden. 3. Verabreichung einer kräftigen und reichlichen Kost und warmen Abendessens. Das ausfallende Bieruhr-Essen soll in der Nacht gegeben werden. — Es ist für die Zustände im Gewerbe charakteristisch, daß derartige selbstverständliche, die Reinlichkeit betreffende Forderungen von den Gehülfen überhaupt gestellt werden müssen. Die Meister sagten bis zum 1. April 1899 die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse zu und verhielten sich im Uebrigen ablehnend. Der Vorstand der Arbeitervereingung wendete sich alsdann in einem Rundschreiben an die einzelnen Meister, da der Vorstand der Innung vor seiner Ablehnung die Innungsmitglieder nicht gehört habe. Daraus erklärte sich der Vorstand zu Unterhandlungen mit den Gehülfen bereit. Dieselben führten zur vollständigen Annahme der von den Gehülfen gestellten Forderungen. Zur Ueberwachung des Vollzuges soll eine aus Arbeitern und Arbeitgebern bestehende Kommission gewählt werden. Ihre Thätigkeit wird in das folgende Jahr fallen.“ Wie Dr. Wörrishofer, so muß es Jeder, der die traurigen Verhältnisse der Bäckergehülfen kennt und sie objektiv beurtheilen kann, als bezeichnend finden, daß trotz der behördlichen Beaufsichtigung die Gehülfen immer wieder die selbstverständlichen Reinlichkeitsforderungen erst erkämpfen müssen. Das hindert jedoch die Bäckermeister nicht, in ihrer Presse über „sozialdemokratische“ Forderungen und Verheerung zu zetern und die behördlichen Reglements als ungerechtfertigte Belästigung hinzustellen. Im Weiteren theilt der badische Aufsichtsbeamte mit, daß in Mannheim die Absicht, die beiden bestehenden Bäckervereine zum Zusammengehen zwecks Erringung besserer Existenzbedingungen zu vereinigen, gescheitert sei. Es wurde dann versucht, die Gehülfen in einem dritten Verein zusammenzufassen, der unter Ausschluß aller Vergnügungszwecke nur die Erringung besserer Lebensbedingungen erstreben sollte. Auch auf diesem Wege scheine es aber nicht in der erwarteten Weise voranzugehen. Nun, — die gewerkschaftliche Organisation hat überall Schwierigkeiten zu überwinden, deren nicht geringste der Indifferentismus der Arbeiter ist. Aber sie wird auch damit fertig werden und durch ihre Erfolge ihre Nothwendigkeit beweisen.

Die Invalidenversicherungsnovelle.

Nachdem der Entwurf zur Reform der Invalidenversicherungsgesetze die erste Reichstagslesung passirt und dort von fast sämtlichen Parteien (mit Ausnahme der agrarischen) eine äußerst kritische Aufnahme gefunden hat, lohnt es sich zwar kaum noch, besondere Hoffnung auf die baldige Durchführung einer Reform zu setzen; im Gegentheil ist zu erwarten, daß die Vorlage diesmal genau so, wie vor 2 Jahren, scheitern wird am Verzicht der Reichsregierung auf ernsthafte Verbesserungen und an deren Festhalten in Bezug auf die reaktionären Theilungspläne zu Gunsten der agrarischen Provinzen. Immerhin dürfte es angebracht sein, die guten und schlechten Seiten des Entwurfs darzulegen, namentlich unter Berücksichtigung der durch die Reichstagsverhandlung erlangten Beleuchtung, die Manche, was den Entwurf noch ziemlich unschuldig aussieht, erst recht mißsam hervorhebt — umso mehr, als die Regierung nicht zögern wird, die Opposition für das Scheitern der Vorlage verantwortlich zu machen. Dem muß bei jeder Gelegenheit nachdrücklich entgegengetreten und auf das Widerstandsvolle einer Regierungspolitik hingewiesen werden, die kleine Verbesserungen durch scheinbare Ungerechtigkeiten kompensirt und ihre reaktionären Willen durch eine dünne Zuckerschicht dem Volke genießbarer machen will.

Den zwar nicht räumlichen, aber sachlichen Hauptinhalt des Entwurfs bildet die Neuvertheilung der Rentenlasten, die man, füglich nicht mit Unrecht, als ein Millionengeschenk an die Agrarier nennen kann. Die Versicherungsanstalten der agrarischen Provinzen des Reiches mit dünnerer Bevölkerung und stärkerem Abfluß derselben haben weit geringere Vermögen ansammeln können, als die industrielleren Provinzen und Staaten, ja, einige haben bereits in absehbarer Zeit mit einem Defizit und einer dadurch nothwendigen Beitragserhöhung zu rechnen. Der Grund dieser Kalamität ist aber nicht allein in wirtschaftlichen Verhältnissen (Abfluß der jüngeren Bevölkerung, Rückbleiben der älteren, invaliden und schlecht gelohnten Arbeiter) zu suchen, sondern es tragen noch andere Ursachen dazu bei, so die äußerst mangelhafte Beitragsentziehung, die Begünstigung der Großgrundbesitzer bezüglich Nichtversicherung vorübergehend beschäftigter Arbeiterkräfte, das Mißverhältnis zwischen Beitrag und Rente bei der ersten Lohnklasse, die gerade in den landwirtschaftlichen Provinzen dominiert. Nun hätten wir ja an sich gegen eine einheitliche Reform nichts einzuwenden, wenn sie das gesamte Versicherungswesen umfaßt und die demokratische Selbstverwaltung im Sinne unserer Forderungen gewährleistet. Die Regierung aber, weit entfernt, gründlich zu reformiren, stellt sich, wie es Mollenhuth drastisch ausdrückte, auf den Standpunkt des „Theilens“. Sie sagt zu den industriellen Versicherungsanstalten, in denen die Arbeiter und Arbeitgeber (letztere aber auch nur durch Ausbeutung der Arbeiter) große Vermögen aufgespart haben: „Gebt einmal 60 pZt. eures Vermögens her, um eine gemeinsame Rasse daraus zu machen, aus der dann die Nothleidenden (Agrarier) gespeist werden sollen.“ Würden die Arbeiter aber eine ähnliche Auftheilung aller Vermögen verlangen, da würden sie bei den Reichen schön ankommen! Nun sollen aber nicht bloß 60 pZt. des Vermögens, sondern auch 50 pZt. der fortlaufenden Beiträge zu Gunsten gemeinsamer Dedung mit Beschlag belegt und vor diesem Gesamtfond die Rentengrundbeträge gedeckt werden, während die nach der Beitragsdauer abgestuften Rentenzuschläge von den Sondervermögen jeder einzelnen Versicherungsanstalt getragen werden sollen. Auf diese etwas verschleierte Weise sollen den Agrariern Jahr für Jahr neben den anderen Liebesgaben noch einige Millionen Arbeitergroßen in den Schooß geworfen werden, dadurch, daß diese Theilung sie vor der Nothwendigkeit höherer Beiträge bewahrt. Daß unsere Reichstagsvertreter gegen eine solche — sagen wir gelinde — Konfiskation der Arbeitergroßen ganz entschieden Front machen werden, versteht sich von selbst, und da sowohl die Freisinnigen und das Zentrum, sogar auch die Nationalalliberalen von dieser Vermögens- und Lastenvertheilung nichts wissen wollen (der nationalliberale Bergwerksdirektor Hilbert nannte diese Theilung bündig einen Raub!), so wird sich an diesem Punkte das Schicksal der Vorlage entscheiden. Freilich droht die Regierung für den Fall der Ablehnung dieses „Ausgleiches“, von dem dem Bundesrath zustehenden Recht des § 66 des Gesetzes Gebrauch zu machen, wonach mehrere Versicherungsanstalten zu einer vereinigt werden könnten. Da indes von dem betroffenen Anstalten ein Einspruchsrecht zusteht und der Reichstag bei solchen eigenmächtigen Eingriffen Repressalien üben könnte, so wird die obige Drohung schwerlich irgend welchen Eindruck machen.

Auch andere agrarische Begünstigungen sind in der Vorlage enthalten. So wird das Anlagevermögen der Versicherungsanstalten dahin erweitert, daß neben Darlehen für Wohlthätigkeitszwecke auch Gelder an Gemeinden und Kommunalverbände, besonders auch für Pfandbriefe, verbrieftete Forderungen jeder Art und für Hypotheken ausgeliehen werden können. Da nun die Höhe der Verzinsung des Gemeinvermögens vom Bundesrath festgesetzt wird, so entsteht die Gefahr, daß das Gesamtvermögen der Versicherungsanstalten zu einer Pumpstation der Agrarier benutzt werden könnte. Jedenfalls sind die Arbeitergroßen am allerwenigsten zur Rettung des verschuldeten Junkerthums aufgebracht worden. Eine weitere Begünstigung der Agrarier ist die Bestimmung des Entwurfs, wonach die Wanderarbeiter ausländischer Herkunft, trotzdem sie 4-6 Monate auf den Gütern der Grundbesitzer thätig sind, von der Versicherungspflicht ausgeschlossen werden; ebenso sollen Verträge mit unfähig beschäftigten Arbeitern, wonach letztere die ganzen Beiträge selbst bezahlen, zulässig sein.

Dem gegenüber enthält der Entwurf eine Reihe von Neuerungen, die theils Fortschritte bedeuten, theils aber auch recht zweifelhafter Natur sind. Deren wichtigste ist die geplante Errichtung örtlicher Rentenstellen, denen folgende Aufgaben übertragen werden sollen:

- Entgegennahme und Vorbereitung von Beiträgen auf Rentenbewilligungen und Beitragsrückerstattungen;
- die Begutachtung diesbezüglicher Anträge;
- die Begutachtung der Entziehung von Invalidenrenten;
- die Begutachtung der Einstellung von Rentenzahlungen;
- die Errichtung von Anzeigen über Fälle, in denen anzunehmen ist, daß der Versicherte durch ein Heilverfahren vor baldigem Eintritt der Erwerbsunfähigkeit bewahrt werden oder daß Invalidenrentner bei Durchführung eines Heilverfahrens die Erwerbsfähigkeit wiedererlangen können;
- die Kontrolle über die Entrichtung der Beiträge;
- die Aufsicht über die Theilung über alle die Invalidenversicherung betreffenden Angelegenheiten.

Durch diese Rentenstellen soll das Versicherungswesen dezentralisirt und dem Versicherten näher gebracht

werden; die Einrichtung einer aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewählten Vertretung, die der Rentenstelle zugehört, soll dieselbe das Vertrauen der beteiligten Klassen sichern, ein an sich anerkennenswerther Gedanke, der höchstens dadurch veräußert werden könnte, daß man, wie vielfach verlaute, ausgediente Offiziere und Militäranwärter zu Vorsitzenden auszuwählen hätte. Was aber der Rentenstelle einen unangenehmen Beigeschmack giebt, das ist die in den Motiven ausgesprochene Forderung, damit den sozialdemokratischen Arbeitersekretariaten entgegenzuwirken, eine tendenziöse Färbung, die sicher das Mißtrauen der Arbeiter geradezu herausfordern muß. Uebrigens können unsere Arbeitersekretariate diese Entlastung vertragen, ohne darüber aus dem Veim zu gehen, denn es giebt auch dann noch genug Ungerechtigkeiten und Unklarheiten auf der Welt. Eine Verbesserung bedeutet die schon im früheren Entwurf vorgeschlagene Schaffung einer 5. Lohnklasse mit 36 Pf. Beitrag für Versicherte mit 1150-2000 Mk. Einkommen, weiter die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf Werkmeister, Techniker, sonstige Angestellte, nichtpensionsberechtigter Privatlehrer und Erzieher, sobald deren Gehalt 2000 Mk. nicht überschreitet. Wieder ausgenommen wurde auch die früher beantragte Erleichterung der Invalidenrente, wonach eine dauernde Erwerbsunfähigkeit bereits dann angenommen wird, wenn der Versicherte nicht mehr im Stande ist, „durch seine Kräfte und Fähigkeiten entsprechende Lohnarbeit, die ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Vorbildung und bisherigen Berufstätigkeit zugemuthet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Lohnarbeiter desselben Berufes derselben Art in derselben Gegend durch Lohnarbeit zu erwerben pflegen.“ Diese Fassung bedeutet in der Hauptsache nur eine formale Verbesserung; eine materielle Besserung bringt sie nur dort, wo der Durchschnittslohn über dem örtlichen Tagelohn steht. Daß aber ein Arbeiter erst auf eine Drittelarbeitskraft herabgesunken sein muß, ehe man ihn als invalid erachtet, ist charakteristisch. Bei Offizieren und Beamten pflegt man denn doch einen gerechteren Maßstab anzulegen, und doch hier handelt es sich nicht um Wohlthaten, sondern um ein durch Beiträge erworbenes Recht. Wichtig ist schon, daß bei vorübergehender Invalidität in Folge Krankheit der Rentenbezug schon nach Ablauf der 26. Woche der Erwerbsunfähigkeit beginnt, menngleich auch damit die Lücke zwischen Kranken- und Invaliditätsversicherung noch nicht völlig ausgefüllt ist. Für die Invalidenrente tritt an Stelle des jetzt einheitlichen ein mit der Lohnklasse steigender Grundbetrag (1. Kl.=60 Mk., 2. Kl.=90 Mk., 3. Kl.=120 Mk., 4. Kl.=150 Mk., 5. Kl.=180 Mk.); die Wartezeit wird von 235 auf 200 Beitragswochen verkürzt. Die Wirkungen der Veränderungen zeigt folgende Tabelle:

Invaliditätsrente:

Beitragswochen	1. Klasse		2. Klasse		3. Klasse	
	Gesetz	Entw.	Gesetz	Entw.	Gesetz	Entw.
200	64.—	64.—	72.—	96.—	78.—	128.—
300	66.—	66.—	78.—	99.—	87.—	132.—
500	70.—	70.—	90.—	105.—	105.—	140.—
700	74.—	74.—	102.—	111.—	123.—	148.—
1000	80.—	80.—	120.—	120.—	150.—	160.—
1500	90.—	90.—	150.—	135.—	195.—	180.—

Beitragswochen	4. Klasse		5. Klasse	
	Gesetz	Entw.	Gesetz	Entw.
200	86.—	160.—	192.—	
300	99.—	165.—	198.—	
500	125.—	175.—	210.—	
700	151.—	185.—	222.—	
1000	190.—	200.—	240.—	
1500	225.—	225.—	270.—	

Die Altersrenten sollen nur aus dem aufeigenden Rentengrundbetrag und dem Reichszuschuß bestehen und die Wartezeit von 1410 auf 1200 Beitragswochen ermäßigt werden. Sie beträgt (in Klammern die alte Höhe) in der 1. Kl.=110 Mk. (106,80 Mk.), 2. Kl.=140 Mk. (135 Mk.), 3. Kl.=170 Mk. (163,20 Mk.), 4. Kl.=200 Mk. (191,40 Mk.), 5. Kl.=230 Mk. Das wäre eine geringe Erhöhung, während bei der Invalidenrente die anfängliche Erhöhung gegen eine spätere Verminderung der bisherigen Renten eingetauscht wird.

Weiter soll das Markenlohn durch Einführung summarischer Marken für größerer Zeiträume vereinfacht werden und die Zusatzmarke für Selbstversicherer in Wegfall kommen. Als Verschlechterungen dagegen sind zu erachten, daß an Stelle der Arbeitgeber jetzt der Arbeiter dafür haften soll, daß er sich den Beitrag von Lohn abziehen läßt; daß der Invalidenrentner sich der zungangsweisen Unterbringung in eine Heilanstalt zwecks Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit zu fügen habe, wenn er nicht die Rente verlustieren will, sowie, daß die Strafe gegen unzulässige Vermerke und Eintragungen auf Quittungen farten statt der bisherigen 2000 Mk. auf 10 Mk. im Maximum herabgesetzt werden soll. Diese „Milderung“ der Strafe gegen terroristische Unternehmungen, die die Quittungskarten zur Kenntlichmachung mißliebiger Arbeiter benutzen, stimmt wunderbar zur geplanten Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung.

Die Verbesserungen, wenn sie auch keineswegs ausreichen, könnten sich die Arbeiter als Abschlagsreform schon gefallen lassen, wobei jedoch derjenige Theil, der nichts als eine agrarische Begünstigungs- und Liebesgabenpolitik enthält, ausgeschlossen werden muß. Die Regierung aber hat schon früher einmal dagegen protestirt, daß ihr „die Rosinen aus dem Kuchen herausgelesen werden“, und sie wird auch diesmal lieber die ganze „Reform“ scheitern lassen, als auf die Rettung ihrer geliebten Agrarier verzichten. Sie beweist damit nur, daß ihr an einer wirklichen Reform nichts ernstlich gelegen ist. Die Arbeiter können eher eine Vertagung der Reform, als eine solche völlig ungerechtfertigte Konfiskationsvorlage in Kauf nehmen.

Verhandlungs-Berichte.

Berlin. Der national-soziale Verein hatte am 17. d. M. eine Volksversammlung einberufen, in welcher Herr Canis wie auch Herr v. Gerlach über die gesundheitlichen Gefahren des Bäckergewerbes referirten. Die Versammlung war voll besetzt, natürlich in der Mitte all' die bekannten Bäckereimeister, die sich schon truppweise sehr früh eingefunden hatten. Selbst des Innungsobers Herr Gemeinhardt fehlte nicht. Der Vorsitzende, Herr Tischendorf, mahnte zur größten Ruhe. Ein Malat prangte am Eingange des Saales, wodurch den Ruheförderern der Eintritt unterlag war. Also es schien, als sollte diesmal die Versammlung ruhig verlaufen. Doch weit gefehlt. Kaum hatte Herr Canis mit seinem sehr sachlichen Referat begonnen, als sich das Gebrüll unserer Herren vom Bäckertrog wieder einstellte, und wirklich das Schauspiel war des Eintritts werth. Einzelne Dickbäuche, welche man darunter bemerkte, konnten den Mund garnicht mehr zukriegern und gestikulirten mit den Armen, so erobst waren sie über die Ausführungen des Herrn Canis. Als er gar von acht-

kündiger Arbeitszeit sprach, erscholl von Neuem dieses Geschrei. Der Vorsitzende hatte große Mühe, die Ruhe aufrecht zu erhalten und brohte mehrmals mit Vertagung der Versammlung und Hinausbringen der Redner. Nach Herrn Canis sprach Herr v. Gerlach, welcher in seiner fatistischen Weise das Treiben der Herren vom Bäckertrog geißelte. Wir müssen gestehen, er hat uns aus vollem Herzen gesprochen. Mit großem Beifall wurden beide Referenten belohnt. Jetzt kam der Ober-Innungsmeister Gemeinhardt, der natürlich in ganz gemeiner und gehässiger Weise gegen die Referenten loszog. Gemeinhardt hatte seinen Speech hergesagt und trat in die Mitte seiner Getreuen. Ein Geselle kam zur Wort und bums — verschwand die ganze Gesellschaft. Die Ruhe Feiglinge, Ausreißer usw. spornen die Ausreißer noch mehr an, die Dickbäuche konnten kaum nachkommen, so wählte sich der Anführer zur Saalthüre hinaus; wahrhaftig, ein Bild der Wahren Jakob“. Die Versammlung erreichte alsdann ihren Schluß. — In Zukunft wird man gut thun, ein paar handfeste Männer anzustellen und etwaige Ruheförder sofort an die Luft zu setzen.

— Eine von ca. 1000 Personen besuchte Bäcker-Versammlung tagte am Dienstag im Feenpalast, um den Bericht über die Meisterversammlung, sowie den über die Versammlung, welche von Herrn Canis abgehalten wurde, entgegenzunehmen. Barth berichtete ausführlich über die Versammlung des Herrn Canis. Er verfehlte nicht, das Gebahren der Innungsmeister unter allgemeiner Heiterkeit der Versammlung trefflich zu kritisiren, während Gehschold und Klamel über den Verlauf der Meisterversammlung sprachen. Sie führten etwa Folgendes aus: Die beiden Ausschüsse der hiesigen Innungen hätten bei ihren Vorständen den Antrag gestellt, eine Meisterversammlung mit den beiden Ausschüssen einzuberufen, um die Forderung der Gesellen vor allen Meistern begründen zu können. Diesem Verlangen sei man insofern nachgekommen, daß man die beiden Ausschüsse und an Stelle der Ausschüsse einen sehr meisterfreundlich gekannten Kollegen hinzuzog. Man habe auf die Tagesordnung das Thema gestellt: Wie ist es möglich, einen Streik oder Bostott zu vermeiden? Hier sei von allem Möglichen gesprochen, aber nicht über das Thema. Man habe ausgeführt, daß das Kost- und Logiswesen beim Meister schon deshalb nicht zu beseitigen sei, weil die Meister nicht sicher wären, daß jeder Arbeiter für 50 Pf. Backwaare im Monat mit aus der Bäckerei trage. (Lebhafter Widerspruch.) Mit dem Nachweis sei es auch so eine fatale Sache. Da wollten sie auch lieber Herr im eigenen Hause sein. Mit denselben Argumenten sei man gegen die anderen Forderungen zu Felde gezogen. Sei schon die Vertheidigung der Forderungen dadurch erschwert, daß man die beiden Ausschüsse nicht mit zu den Verhandlungen hinzuzog, so sei die Versammlung dadurch zur Faule geworden, daß man diejenigen Meister, welche den Forderungen sympathisch gegenüberständen, vom Podium heruntergebrüllt habe, ebenso wie durch die Leitung des parteiischen Vorsitzenden, Obermeister Bernarb. Die Resolution vom Altmeister Kaufmann, daß auf Wunsch der Gesellen wieder in Verhandlung getreten werden soll, habe Annahme gefunden. In der hierauf folgenden, ziemlich lebhaften Diskussion kam auch von zwei Rednern die Meinung zum Ausdruck, die Verhandlung mit den Innungsobersständen wieder aufzunehmen, während Bäckermeister Pfeiffer den Vorschlag machte, die Gesellen möchten mit denjenigen Meistern, welche den Forderungen sympathisch gegenüberstehen, verhandeln. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen: „Die Bäckergesellen erachten es für Spiegelfechtere, wenn die Bäckermeister in ihrer Versammlung den Eindruck zu erwecken suchten, als seien sie zu Verhandlungen mit den Gesellen geneigt gewesen, und nur durch die gehässige Sprache der Gesellschaft gezwungen, dieselben aufzugeben. Die Versammlung ist der Meinung, daß die Bäckermeister von vornherein nicht gewillt waren, Zugeständnisse zu machen, und nur mit Rücksicht auf das Publikum mit den Gesellen in Unterhandlungen getreten sind. Die Versammlung verpflichtet sich, aus diesem Grunde die Sammlung zum Streikfonds so lange fortzusetzen, bis deren Ertrag den endgiltigen Erfolg verpricht.“ Zum Schluß wurde die Lohnkommission durch die Wahl der Gesellen Most, Klamel, Born und Metzold verfertigt.

Braunschweig. Versammlung vom 26. März. Tagesordnung: 1. Entrichtung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder; 2. Stellungnahme zum Verbandstag; 3. Verschiedenes. Als einige Kollegen neu aufgenommen waren, ging man zum zweiten Punkt über, bei welchem sich eine längere Debatte entspann. Nachdem sich verschiedene Kollegen über den Kostenpunkt ausgesprochen hatten, wurde auf eine Delegation zum Verbandstag verzichtet. Zum 3. Punkt wurde vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß uns die Mitgliedschaft Hannover zu ihrem am 2. April stattfindenden Streiktag eingelaufen habe, welche Einladung angenommen wurde. Ferner wurde beschlossen, zur Aufbahrung von Verhandlungen einen Schrant anzuschaffen. Zum Schluß beschwerte sich Kollege Schreiber, daß sich die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen so wenig an den Debatten beteiligen.

Freising. Versammlung vom 23. März. Dieselbe mar von den hiesigen Kollegen, sowie von den Kollegen aus Erding und Moosburg sehr gut besucht. Nach einem Referat des Kollegen Wagner-München wurde beschlossen, sich als Einzelmitglieder der Mitgliedschaft München des deutschen Bäckerverbandes anzuschließen. Sämtliche anwesenden Kollegen erklärten ihren Beitritt. Hierauf wurden für Freising und Erding Obmänner gewählt. Im Laufe der Diskussion wurde festgestellt, daß in den Bäckereien in Freising und Erding große Mißstände existiren und der Bäckereiverordnung nicht entsprochen wird, weil sich die Meister sagen, es kommt doch keine Visitation. Ein Kollege, der bei der Versammlung thätig war, wurde entlassen und zwar auf Drängen anderer Meister. Wochenlöhne von 2,50-3 Mk. sind für jüngere Kollegen an der Tagesordnung. Mit der Mahnung, nun fest zusammen zu stehen, wurde die Versammlung geschlossen.

Berichtigung. In dem Bericht der Bäckerei des Braunschweiger Konsum-Vereins muß es heißen: Die Verheiratheten bekommen 34 Pf., die Unverheiratheten bekommen 32 Pf. und der Bäckmeister erhält Monatsgehalt.

Berichtigung. In der Nr. 6 unserer Blätter hat sich unter der Rubrik „Genossenschaftsbäckereien Frankfurt a. M.“ ein Irrthum eingeschlichen. Es soll nicht heißen: jeder Arbeiter 50 Mk. Lantime und für jeden Arbeiter 100 Mk. für Unfall im Betriebe, sondern für die Arbeiter 50 Mk. Lantime und 100 Mk. für Unfall im Betriebe, also für alle zusammen. Ueberhaupt waren die Arbeiter gegen die vom Aufsichtsrath beantragten Wohlthaten, indem die Arbeiter kurz vorher in einer Lohnbewegung des Geschäftes nicht in dem Sinne behandelt worden sind, wie der Aufsichtsrath bei der Bilanz des Rechnungsjahres in der Öffentlichkeit prangen will. Frankfurt a. M., im März 1899. Die Arbeiter der Genossenschaftsbäckerei.

Soziales und Gewerkschaftliches.

Die Tätigkeit der bayerischen Gewerbe-gerichte. In Bayern befanden am Anfange dieses Jahres 24 Gewerbe-gerichte, darunter 4 mit einer über mehrere Gewerke sich erstreckenden Zuständigkeit. Die 24 Gewerbe-gerichte sind im Jahre 1898 in 5062 Fällen zum Zwecke der Rechtsprechung, in 2 Fällen (Mürnberg und Würzburg) zum Zwecke eines Gutachtens angerufen worden. Von den 5062 anhängig gewordenen Rechtsstreitigkeiten betrafen 4988 das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgeber; erledigt wurden: 2044 durch Vergleich bzw. Klageurkunde, 50 durch Un-erkenntnis, 851 durch Versäumnisurteil und 1199 durch andere Urteile. Auf die einzelnen Gewerbe-gerichte vertheilt sich die 5062 Rechtsstreitigkeiten wie folgt: München 2124, Nürnberg 659, Bamberg 545, Ludwigschafen 328, Würzburg 209, Regensburg 206, Schweinfurt 145, Augsburg 135, Spire 118, Neustadt a. S. 115, Bamberg 95, Kaiserlautern 70, Frankfurt 75, Schwabach 68, Hof 44, Bamberg 23, Deggendorf 23, Passau 18, Erlangen 15, Regensburg 13, Neu-Ulm 6, Weihenstephan a. S. 4. Die Gewerbe-gerichte in Landshut (seit Dezember 1898 errichtet) und in Erlangen sind während des Vorjahres in keinem Falle thätig gewesen.

Der erste deutsche Bauarbeiterskongress tagte vom 19. bis 22. März in Berlin. Anwesend waren 314 Delegirte aus 16 Zweigen der Baubranche. Der Kongress erörterte den Bauarbeiterschutz eingehend, forderte in entsprechende Resolutionen die Sicherung der Bauforderungen, Verschönerung der Bautenkontrolle (Anstellung praktischer Arbeiter als Kontrolleure), Schutz der Arbeiter vor gesundheitsschädlichen Einflüssen der Bauarbeit und sprach sich entschieden für ein völlig freies Vereinsrecht aus. Die Regierung hatte sich Einladung keinen Vertreter geschickt. Von den politischen Parteien war nur die sozialdemokratische offiziell vertreten. Das sagt genug.

Der deutsche Bauerverband hatte am Schlusse des vor. Jahres 8182 Mitglieder. Seine Einnahme pro 1. Quartal 1898 betrug 34 745.83, die Ausgabe 20 375.34, der Reinertrag 14 370.49 Mark. Der Verband zahlt Unterstützung an Arbeitslose, Kranke, Gemüthkranke und Rechtshelfende.

Höchst. Die Forderung der hiesigen Bäckergehülfen betreffs Erlangung der drei Freinächte (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) wurde am Sonntag in einer Volksversammlung eingehend besprochen. Die Versammlung wurde durch ein Referat des Genossen Reymann-Frankfurt eingeleitet, der an Stelle des aus wichtigen Gründen verhinderten Genossen Graf erschienen war. R. behandelte in sachlicher Weise die Missstände in den Bäckereien zunächst im Allgemeinen und ging dann auf die örtlichen Verhältnisse über, die ihm als hier arbeitender Bäcker bekannt geworden waren. Er erkannte die Forderung als durchaus berechtigt an, welche in anderen Städten auch schon längst bewilligt worden sei. Die hierauf folgende Diskussion, an der sich auch Mann, Götzle und Trageser-Frankfurt, sowie mehrere hiesige Genossen beteiligten, endigte mit der Annahme einer Resolution, worin sich die Versammlung mit der Forderung der Bäckergehülfen einverstanden erklärt und für deren Durchführung einzutreten verspricht. Auch einer der Bäckermeister, von welchen nur drei erschienen waren, griff in die Debatte ein und gab, anscheinend im Auftrage der Bäckereigenossenschaft, eine Erklärung ab, die aber die Anwesenden nicht befriedigen konnte. Es wurde eine dreigliedrige Kommission ernannt, welche mit der Bäckereigenossenschaft in Unterhandlung treten soll. — Die neugegründete Höchster Bäckereigenossenschaft sandte hierauf den Gehülfen ein Schreiben, in welcher sie die Forderungen mit der Bedingung bewilligt, daß Lehrtage am Dienstag morgens 6 Uhr wieder zur Arbeit sein sollten und veröffentlicht gleichzeitig folgende Annonce:

Höchster Bäckereigenossenschaft.
Da keine Sitzung mehr möglich, gibt hiermit der Vorstand der Höchster Bäckereigenossenschaft den Herren Meistern wie dem verehrl. Publikum bekannt, daß es Dienstag wegen Freinacht der Bäckereigenossen keine frische Bröden gibt, und zwar ist dies von jetzt ab

Recht für den dritten Feiertag zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten.
Man hebt, der Druck der Arbeiterschaft hilft überall. Die Höchster Bäckermeister werden nicht zu Grunde gehen, wenn diese Feiertage auch drei Tage im Jahr nicht arbeiten, diese freuen sich, durch ihr einmütiges Zusammenstehen diesen kleinen Erfolg errungen zu haben.

Stützen der Ordnung. In Göttingen wurde der Bäckereimeister Kien wegen Vergehens gegen § 180 des Str. G. B. (gewerblich bezw. gewohnheitsmäßige Förderung der Unruhm) und unbefugter Ausübung der Schankkonzession vor einigen Tagen von der Strafkammer mit 2 Monaten Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe, event. weiteren 20 Tagen Gefängnis bestraft. Ob nun der Herr Bäckereimeister wohl noch weiter für würdig erachtet werden kann, Lehrtage auszubilden und zu „erziehen“?

Verbandsnachrichten.

An den Verbandstag bestimmte Briefe, sowie dringende Sachen an den Verbandsvorstand sind während des Verbandstages (9., 10. und 11. April) an D. Allmann, München, Gabelsberggasse 1, Karlsruherstr. 10, in allen anderen Sendungen an die bisherige Adresse des Vorstandes: Hamburg, Gr. Neumarkt 28 I.

Im Anschluß an den Verbandstag finden folgende Versammlungen statt, in denen auswärtige Delegirte referiren werden:

- Am Mittwoch, den 12. April, in Fürth, Nürnberg, Eßlingen, Augsburg, Seilbrunn, Frankfurt a. M., Gotha, Leipzig.
 - Am Donnerstag, den 13. April, in Würzburg, Stuttgart, Karlsruhe, Heidelberg, Mannheim, Offenbach a. M., Halle, Gera und Cassel.
 - Am Freitag, den 14. April in Mainz.
- Die Kollegen werden ersucht, für regen Besuch der Versammlungen Sorge zu tragen.

Der Verbands-Vorstand.

Quittung.

Im Monat März gingen folgende Geldbeträge bei der Hauptkasse des Verbandes ein:

- a) Monatsbeiträge von Mitgliedschaften und Bevollmächtigten: Großbäcker Hamburgs Mk. 65.20, Berlin 65.40, Dortmund 23.50, Kottbus 11.50, Magdeburg 52.—, Stuttgart 11.—, Karlsruhe 45.90, Leipzig 142.70, Wilhelmshagen 9.—, Mainz 28.20, Chemnitz 15.50, Rieddorf 14.—, Altona 33.40, Offenbach 13.—, Braunschweig 12.—, Hannover 13.50, Garburg 20.—, Lübeck 27.—, Steint 12.50, München 266.50, Wandsbeck 7.50, Braunschweig 14.—, Frankfurt 40.50, Posen 5.50, Würzburg 21.—, Witten 13.20, Bergedorf 9.50, Gotha 4.50, Mannheim 5.—, Nürnberg 109.75, Eiberfeld 20.—.

- b) Beiträge von Einzelmitgliedern der Hauptkasse: E. W. Scheibegg Mk. 1.60, R. B. Osterwiel 2.40, R. S. Bruchsal 1.60, F. F. Bruchsal 1.30, F. W. Soltan 2.40, F. B. Kreuznach 1.30, G. K. Thum 1.60, M. R. Vorstiel 1.60, F. S. Kitzrup 1.60, R. L. Steinfeld —.80, A. R. Altenburg 3.20, M. J. Niederrat 3.20, M. S. Neustadt Wpr. 2.40, F. R. Neustadt D. 1.60, A. W. Alfeld 6.40, G. R. Mühlhausen 6.40, G. F. Gersfeld 1.60, M. J. Neumünster 1.30, A. R. Rathenow 6.40, Th. P. Gutin 1.60, G. R. Eisenberg 2.40.

- c) Abonnements und Anzeigen: J. U. Altona Mk. 1.20, E. S. Berlin 4.40, D. S. Dresden 1.20, Mitgliedschaft Dortmund 2.55, Mitgliedschaft Hamburg 4.—.

Ueber den Empfang obiger Beträge quittirt hierdurch der Hauptkassirer.
Am 29. März wurde die Hauptkassirerin revidirt und in Ordnung gefunden.
H. Behr. W. Pevendorf.

Literarisches.

Im Verlag von J. F. W. Debes Nachf., Stuttgart, ist soeben erschienen: Die Voraussetzungen des Sozial-

ismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Von G. B. Bernstein. Aus dem Inhalt heben wir das Nachstehende hervor: Erstes Kapitel. Die grundlegenden Sätze des marxistischen Sozialismus. a) Die wissenschaftliche Methode des Marxismus. b) Die materialistische Geschichtsauffassung und die historische Notwendigkeit. c) Die marxistische Lehre vom Klassenkampf und der Kapitalentwicklung. — Zweites Kapitel. Der Marxismus und die Hegelsche Dialektik. a) Die Fallstricke der hegelianisch-dialektischen Methode. b) Marxismus und Blanquismus. — Drittes Kapitel. Die wirtschaftliche Entwicklung der modernen Gesellschaft. a) Etwas über die Bedeutung der Marx'schen Werththeorie. b) Die Einlohnensbewegung in der modernen Gesellschaft. c) Die Vertriebsklassen in der Produktion und Distribution des gesellschaftlichen Reichtums. d) Die Krisen und die Anpassungsmöglichkeiten der modernen Wirtschaft. — Viertes Kapitel. Die Aufgaben und Möglichkeiten der Sozialdemokratie. a) Die politischen und ökonomischen Vorbedingungen des Sozialismus. b) Die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsgenossenschaften. c) Demokratie und Sozialismus. d) Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie. — Schluß: Endziel und Bewegung.

Die Sozialistischen Monatshefte (Verlag: Berlin W., Gladbachstr. 23) haben soeben das 3. Heft ihres 6. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Jean Baptiste Séverac: Zum Gedächtnis der Pariser Kommune. — Alexis Nedow: Plechanow versus Ding an sich. — Gerhart David: Die Konsumgenossenschaft und die sozialistische Theorie. — Adolf v. Elm: Die Hamburger Genossenschaft. — Dr. Franz Oppenheimer: Die soziale Bedeutung der Genossenschaft. — Henri v. Kol: Ueber Grubenbesitz und Grubenrecht. — E. Belfort Bay: Ein Zeichen der Zeit. — Dr. Bruno Vorwardt: Die „revolutionäre“ Rolle der Elektrotechnik. — Rundschau: Bücher, Neuven. — Der Preis des elegant ausgestatteten Heftes beträgt 50 Pf., pro Quartal 1.50 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Postämter, sowie direkt durch den Verlag.

Die illustrierte Romanbibliothek „In freien Stunden“ (in Wochenheften à 10 Pfennig) begann soeben den dritten Jahrgang mit dem spannenden Roman „Die Töchter des Südens“. Jedes Heft bringt 24 Seiten Romanentwurf mit Illustrationen und 2 Seiten kleines Feuilleton, sowie kulturhistorische und humoristische Notizen unter der Rubrik „Dies und Jenes“ und „Wiß und Scherz“. Wir machen unsere Leser auf diese billige und gute und von der Parteipresse bestens empfohlene Romanbibliothek aufmerksam. — Soeben erschienen Heft 11 und 12.

Wichtig für Referenten und gewerkschaftlich organisierte Arbeiter:
Das Arbeiter-Sekretariat
von Heinrich Kauffmann.
Verlag: Friedrich Meyer, Hamburg-Gilbert, Conventstr. 5
Inhalt: I. Die Errichtung v. Arbeiter-Sekretariaten — eine Aufgabe der gewerkschaftlichen Arbeiter-Bewegung. 2. Die Gründung des ersten deutschen Arbeiter-Sekretariats, 3. Allgemeines, 4. Erzeugen der Arbeiter-Sekretariate und Gegenstand der Aushandlung, 5. Invalidentät und Altersversicherung, 6. Krankenversicherung, 7. Unfallversicherung, 8. Lohn-, Arbeits- und Mietdifferenzen, 9. Arbeiterschutz, 10. Weitere Aufgaben d. Arbeiter-Sekretariats, 11. Nutzen — Kosten — Perlenfragen, 12. Einwände gegen die Errichtung von Arbeiter-Sekretariaten, Anhang.
Preis 25 Bfg.
Wiederverkäufer und bei Massenbezug großen Rabatt.

Mitgliedschaft Hamburg.
(Weissbäcker.)
Donnerstag den 13. April, Nachm. 4 Uhr, in der „Leisinghaller“
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Maifeier. 2. Berathung um Wiederaufnahme der Abtrünnigen vom letzten Streik. 3. Abrechnung vom 1. Quartal. 4. Extrajahre. 5. Kartellbericht. 6. Verschiedenes.
Der Vorstand.

„Zum letzten Heller.“
Restaurant Heinrich Volz.
Bischofstraße 30 Leipzig-Plagwitz, Bischofstraße 90
Empfehle meine freundlichen **Sofalitäten.**
Gute Küche und ff. Biere. Die „Deutsche Bäcker-Ztg.“ liegt aus.

„Café Ehrlich“
Katharinenstrasse No. 14, Leipzig, Katharinenstrasse No. 14
empfeilt seine schönen, großen Sofalitäten zur freudigen Benutzung.
Drei Billards (a Stunde 30 Pfennig).
Gute, billige Küche. Hochfeine Biere usw.
Amerikanische, Berliner, Deutsche u. Wiener Bäckerei zur gest. Benutzung.

Café Wittelsbach.
München. Herzog Wilhelmstraße. München.
Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag:
Haupttreffpunkt der Bäckerei-München.

Böhme & Kinnert
Leipzig-Reudnitz, Wurzenstraße 9.
(Haltestelle beider Straßenbahnlinien.)
Erstes fachmännisches Backofen-Eaugeschäft,
sowie Armaturen- und Utensilien-Fabrik.
Preisverzeichnisse und Kostenaufschläge gratis und franko.
Auf allen beschriebenen Ausstellungen die höchsten Preise.

Leipzigs grösste und billigste Herren-Moden-Magazine
Gebrüder Rockmann, Gottfr. Hübner.
Leipzig, Zeiger-Str. 24a. Leipzig-Reudnitz, Chaussee-Str. 49. Leipzig-Plagwitz, Carl Heine-Str. 30.
Straßenb.-Haltest.: Sidonienstr. Straßenb.-Haltest.: Reudn. Depot. Straßenb.-Haltest.: Felsenkeller.
Fernsprecher: 3428. Fernsprecher: 4202. Fernsprecher: 5762.
Separat-Abtheilung für feine Maß-Schneiderei.
Werthen Verbandsmitgliedern gewähren wir 5 pZt. Rabatt.

Der Bäckergehülfe
Hubert Wegmann
zuletzt in Witten a. d. R. wohnhaft,
wird erlucht, ungesäumt seine Adresse
an den Unterzeichneten gelangen zu
lassen, da er als Zeuge in Sachen
Fäger wegen Uebertretung der
Sonntagsruhe vernommen werden
soll.
Wilt. Klein
Witten a. d. R., Oberstr. 19.

Backofen-Neu-u.-Umbau
zu Holz-, Kohlen- od. Koaksheizung.
Abfab über 3000 Stück. Permanente Ausstellung von zehn Backofen verschiedener Konstruktionen. Lager von Backofenarmaturen, Chamottesteinen und Chamotteplatten bester Qualität. Arbeiten u. Lieferungen nur unter Garantie der Güte bei billigster Preisstellung. Prämiirt mit Staats-, goldenen u. silbernen Medaillen.
Max Ketterer,
Leipzig-Reudnitz, Heinrichstr. 21.

Zürich (Schweiz).
Die Bäcker-Gewerkschaft (Vereinslokal „Goldner Stern“, bei der Quai-Brücke am See) hat am 1. Okt. die
Arbeitsvermittlung
eingeführt und dieselbe der Arbeitskammer der Stadt Zürich, Bahringenstr. 40, übertragen. Bureaustunden von 8—12 Uhr Vormittags und 2—6 Uhr Nachmittags.
Dafelbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt, und zwar erhalten organisierte Kollegen 2 Frk., nichtorganisierte 50 Rappen.

Monatgarderobe.
Empfehle in reicher Auswahl allerfeinste Herbst-, Winterpaletots, komplette Anzüge, alle Façons und Weiten. Elegante Fracks u. Gesellschaftsanzüge auch leihweise.
J. Kindermann, Leipzig, Salzgäßchen 9 I.

Leipzig! **FLORA** Leipzig!
Wismühlentstr. 14/16,
empfeilt seine **Sofalitäten.**
Julius Michael.
NB. Verkehr der Bäcker seit 1878.

Gera (H. J. L.)
Zentralherberge und Arbeitsnachweis der vereinigten Gewerkschaften Geras befindet sich nur in „Gasthaus zur fühligen Quelle“, Bärgang 6.
Quittungs-Marken u. Kautschuk-Stempel
Liefert seit 20 Jahren f. tausende Kassen u. Verzeichnisse
Jean Holze
Hamburg, Gr. Drehbahn 45.
Verlag sozialistischer Bilder.
Illustr. Preislisten gratis und franko.
Soeben erschien das neue Fraktionsbild d. soz.-dem. Partei 1898

Die Münchner Bewegung zur Befreiung des Kost- und Logiswesens beim Meister.

Die Münchner Innung, welche nichts Besseres zu thun wußte, als die zeitgemäßen Forderungen unserer dortigen Kollegen rundweg abzulehnen, hat dadurch die Gährung und Unzufriedenheit der Kollegen aufs Höchste gesteigert, und nur mit aller Macht konnten die an der Spitze Stehenden die Kollegen zurückhalten, deren Wille es war, schon vor Ostern in den Streik einzutreten.

Gewaltige Fortschritte hat unsere dortige Mitglieberschaft in den letzten drei Monaten gemacht, die Mitgliederzahl ist auf 950 angewachsen und wir meinen, die Innungsmeister sollten daraus sehen, daß es unsern Kollegen Ernst ist mit der Durchführung ihrer Forderungen, daß sie auch vor dem äußersten Mittel nicht zurückschrecken werden, wenn sie auch fernerhin auf provokante Ablehnung seitens der Innungsmeister stoßen.

Wie bekannt, hatte die Innung die Vertreter der Gehilfen zu ihrer Generalversammlung nicht zugelassen, angeblich, weil dort keine Zeit vorhanden sei, über die Forderungen zu sprechen. Daß aber die Herrn dort doch Zeit gefunden haben, die Forderungen zu diskutieren und sogar Beschluß in dieser Sache zu fassen, beweist folgende Antwort, welche der Lohnkommission zugeandt wurde:

Die Innung hat in ihrer Generalversammlung vom 21. d. Mts. über Ihre gestellten Forderungen eingehendste Beratung gepflogen und ist folgender einstimmiger Beschluß zu Stande gekommen, den wir Ihnen im Auftrage der Innung mitteilen:

Punkt 1, Abschaffung der Kost, kann die Innung nicht bekräftigen.

Die Innung überläßt es ihren Mitgliedern, je nach Lage der Sache und des Betriebes, namentlich bei verheirateten Gesellen, zu prüfen, was für Gesellen und Meister das Richtige ist.

Es besteht in der Innung die feste Ansicht, daß diese Frage nicht durch einfachen Gewaltakt gelöst werden kann.

Die Abschaffung der Wohnung beim Meister lehnt die Versammlung unter allen Umständen ab, weil deren Durchführung bei unserem Gewerbe ganz unmöglich ist.

Punkt 2 findet in den Beschlüssen zu Punkt 1 seine Erledigung.

Der dritte Absatz bei Punkt 2, Bezahlung von Mk. 3 für Kostler, Mk. 4 für Mäcker und Mk. 5 für Schieber, ohne Befristung für Ausbülfsarbeit für eine Nacht, für längere Ausbülfsarbeiten ist solche zu vereinbaren, fand Annahme.

Punkt 3: Die Arbeitszeit ist durch Bundesratsverordnung festgelegt; daß Ueberschreitungen vorkommen, wird zugegeben, allein eine nach genauen Stunden bemessene Arbeitszeit im Bäckergewerbe wird niemals möglich werden.

Der zweite und dritte Absatz bei Punkt 3 fand ebenfalls nicht die Annahme durch die General-Versammlung.

Punkt 4: An den drei Festen, Ostern, Pfingsten und Weihnachten vom ersten auf den zweiten Festtag nicht zu baden, fand Annahme unter der Voraussetzung, daß sich alle Betriebe ohne Ausnahme, vorzüglich aber die größeren Geschäfte, freiwillig durch gegebene Unterschrift dazu bekennen.

Eine Handhabe, dieses zwangsweise durchzuführen, ist der Innung nicht gegeben.

Für heutige Ostern kann es nicht mehr geschehen.

Weiter wird zugestanden: wenn in einer Bäckerei durch Erneuerung des Backherdes nicht gebadet wird, so sollen die Gehilfen dieselbe Nacht ganz frei haben. Das Ausstragen von Backwaren hat selbstverständlich Morgens wie gewöhnlich stattzufinden.

Punkt 5: Daß in diesem Punkt Verlangte besteht schon, die Innung resp. die Genossenschaft hat vor 19 Jahren den Arbeitsnachweis errichtet und es ist ihr mit viel Mühe und großem Opfer an Geld gelungen, eine durchaus gerechte und der Zeit entsprechende Arbeitsvermittlung aufrecht zu erhalten und ist das schändliche Wuchern mit Arbeitsplätzen hier in unserem Gewerbe unbekannt. Ebenso besteht heute schon der Ausschuß für Gesellen- und Herbergswesen, welchem die Beaufsichtigung des Arbeitsnachweises untersteht, und den außer dem Innungsvorstand als Vorsitzender drei Meister und drei Gehilfen bilden; letztere sind von den Gehilfen gewählte Vertreter. Diese Einrichtung wird auf Grund der Handwerkerorganisation gesetzlich die gleiche bleiben.

Punkt 6: Daß keine Maßregelung vorkommen darf, so ist dieser Begriff, was hier darunter fällt, sehr schwer genau definierbar; frei bleiben muß es dem Meister, wenn er beschäftigen will, wie ja gerade in diesem Punkte die Gehilfen sich nicht vorzeichnen lassen, bei welchem Meister sie in Arbeit treten sollen.

Weiter sei erwähnt, daß die Versammlung das Verhalten des Innungsausschusses in dieser Angelegenheit sowie bei den Verhandlungen mit der Lohnkommission der Gehilfen in allen Theilen billigt, bemerkt das volle Vertrauen zum Ausdruck brachte und aussprach, daß die weiteren Verhandlungen im gleichen Sinne geleitet werden sollen.

Ein weiterer Beschluß ging dahin, daß gemeinsame Besprechungen und Beratungen zwischen der Innung und der Lohnkommission nur mit dem Innungsausschusse stattfinden sollen.

Die definitive Entscheidung behält sich die General-Versammlung vor. Die Bäcker-Innung München.

Also die Forderungen waren bis auf einige Nebenforderungen, die getrennt von den hauptsächlichsten gar nicht durchführbar sind, abgelehnt, eine Maßnahme, welche die meisten Herren wohl noch bitter bereuen werden.

Am Mittwoch, den 22. März, Nachmittags 2 Uhr, fand im Sabelberger Keller eine außerordentliche Mitgliebersversammlung des Verbandes der Bäcker statt. Zu der Versammlung hatten nur Mitglieder Zutritt. Es waren ca. 800 Mitglieder erschienen, wozu die Versammlung erst Mittwoch früh durch Handzettel einberufen wurde. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab Kollege Friedmann den Inhalt eines Zirkulars bekannt, das gestern die Innung ihren Mitgliedern ausstellen ließ. Das Zirkular trägt den Titel: „An die verehrliche Lohnkommission.“ Bis zur Stunde ist der Lohnkommission offiziell aber noch kein solches Zirkular zugegangen. Es ist in dem Zirkular bemerkt, daß die Gehilfenforderungen von der Innung eingehend beraten worden seien; das ist sehr unwahrscheinlich, denn auf der Tagesordnung der Innungs-Generalversammlung figurirte die Gehilfenforderung als 12. und letzter

Punkt. Wozu auch, es wurde ja doch Alles abgelehnt. Im Weiteren gestellte Redner die von der Innung in die Ordnungsbroschüre langirten erlogenen Reden und stellte fest, daß entgegen den betreffenden Behauptungen schon eine Anzahl Bäckmeister die Gehilfenforderungen, so insbesondere die Abschaffung von Kost und Logis beim Meister, bewilligt haben. Zum 2. Punkt wurden 10 Bezirksklassen und 10 Obmänner gewählt, um die Vorstandsbürokratie ihrer großen Arbeitslast ein wenig zu entlasten. Hierfür brachte Kollege Gahner einen Fall zur Sprache, wonach Herr Bäckmeister Segauer, Blutenburgstraße, keine Gehilfen fragte, ob sie auch im Falle eines Streiks mit in den Ausstand träten, als sie ihm dieses bejahten, gab er ihnen zur Antwort, sie sollten sofort kündigen (was sie auch thaten), oder er kündige ihnen. Redner hofft, daß die Arbeiterchaft und das denkende, konsumirende Publikum die Gehilfen unterstützen; auch die Bäckergesellen seien Menschen. Der hier angeführte Bäckmeister beklagte sich aber schnell eines Besseren, als mehrere seiner besten Brotabnehmer die Lieferung von Backwaren abbestellten. Noch am selben Tage machte er die Kündigung rückgängig und bewilligte die Forderungen.

Das Münchener Innungsorgan reagiert nun gewaltig darüber auf, daß unsere Kollegen es wagen, zu den Mitgliederversammlungen des Verbandes nur Mitgliedern Zutritt zu gewähren. Die armen Deutschen! Trotzdem sie den schon anblaffen würden, der ihnen zumüthete, zu ihren Innungsversammlungen auch Nichtinnungsmeister zuzulassen, wissen sie faktisch nichts mehr, worauf sie im Grunde sind. In Betracht unter die Gehilfen zu fassen und deshalb kommen sie mit solch lächerlichen Mäßen.

Am 24. März verfaßte die Innung folgendes Zirkular an ihre Mitglieder:

An unsere verehrlichen Innungsmitglieder! Betreffend: Gehilfenbewegung.

Es ist zweifelhaft geworden, ob mit den Gehilfen über ihre Forderungen eine Verständigung zu Stande kommt und steht somit bevor, daß der angedrohte Streik zum Ausbruch kommt.

Aus diesem Grunde gestatten wir uns, alle Herren Kollegen aufmerksam zu machen, sich immerhin schon jetzt für die Eventualitäten eines solchen vorzubereiten.

Wenn der Streik wirklich ausbrechen sollte, ist schon jetzt darauf hinzuweisen, daß ein solcher den Arbeitsvertrag nicht annullirt, sondern daß jede bestehende Bindungsfrist von beiden Theilen, Meister wie Gehilfen, eingehalten ist und bei einem Vertragsbruche der schuldige Theil für den nachweisbaren Schaden haftbar gemacht werden kann. Wir hoffen von allen unseren Kollegen, daß sie echten kollegialen Sinn und Geist betheiligen durch gegenseitige Anshilfe und Unterstützung. Die Innung wird im Ernstfalle sofort in der Presse das Publikum bei vorkommender mangelhafter Bedienung um Nachsicht bitten und die Verhältnisse darlegen. Von den Herren Kollegen wird andererseits erwartet, daß sie durch besonnene Ruhe und thätige Mithilfe die Arbeiten der Innung in dieser ernsten Situation nach Kräften unterstützen werden.

Sollte der Streik ausbrechen, so wird im Innungshause ein ständiges Bureau für Mittheilungen und Auskünfte errichtet. Mit kollegialem Gruß

Die Bäckerinnung München. A. Widmann, 1. Vorsitzender.

Darnach hat ja die Innung den besten Willen, das Publikum anzubetteln, sobald der Streik ausbricht, ja das von den Streikbrechern hergestellte Brot zu kaufen, auch wenn es nichts taugt! Doch das Publikum wird darüber nachdenken, aus welchen Kreisen sich die Streikbrecher rekrutiren und darauf verzichten, deren Fabrikate zu genießen, sondern diese den Bäckern zum alleinigen Gebrauch überlassen. Schon jetzt rüsten sich die Angehörigen der Lomts- und Spielergasse der Großstädte zu der Vergnügungstour auf Innungskosten nach München, und diese Elemente wird man dort zu Streikbrechern gebrauchen. Guten Appetit zu den Backwaren, welche von diesen hergestelt werden!

Am 28. März fand sodann eine von mindestens 1500 Gehilfen besuchte öffentliche Versammlung statt, in der Gahner über den bisherigen Verlauf der Bewegung referirte. Redner theilte an der Hand der von der Innung verfaßten und in der Presse bereits besprochenen Zirkulare den Anwesenden mit, daß die Innung die Forderungen der Gehilfen rundweg ablehnt, ohne den Wunsch der Gehilfen, die Lohnkommission zur Generalversammlung der Innung zuzulassen, zu genehmigen. Referent referirte nochmals die Forderungen der Gehilfen und erläuterte bei jedem einzelnen Punkte die Stellungnahme der Gehilfen hierzu, theilte dann mit, daß bereits sehr viele Meister die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben. Wenn je eine Arbeiterchaft berechtigt ist, eine gerechte Arbeitszeit zu verlangen, dann seien dies in erster Linie die Bäckergehilfen. Daß das Publikum auf Seite der Gehilfen sei, das beweisen die von verschiedenen Meistern vorgenommenen Maßregelungen, die durch die Intervention mehrerer Kundschaften von einigen dieser Meister wieder zurück genommen werden mußten. Laut einem an die Meister verfaßten Zirkular, besträt die Innung einen baldigen Beginn des Streiks und erwarte die Innung von ihren Mitgliedern Ruhe und Besonnenheit. Wie diese Ruhe und Besonnenheit der Herren Bäckmeister auszieht, zeige die Thatfache, daß er (Redner) von dem Bäckmeister wiederholt mit einem Gummittschlauch bedroht wurde. Viele Kollegen seien für sofortige Proklamation des Streiks. An den Kollegen liege es, zu entscheiden, doch müsse vor unüberlegten Schritten gewarnt werden. Ein Streik vor Ostern erscheine zwar für den Augenblick günstig, doch müsse in Betracht gezogen werden, daß sehr viele Familien auf Ostern ihren Bedarf selbst baden und in sehr vielen Fällen auch nach den Feiertagen noch damit reichen, dann würde die stärkste Waffe der Arbeiter, der Brothoyott, unwirksam bleiben. Redner schlägt zum Schlusse seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen vor, erst den Verbandstag, der vom 9. bis 12. April in München stattfindet, abzuwarten. Bis dahin gelte es fest zusammenstehen und die noch ferne stehenden Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Der Vorsitzende, Kollege Friedmann, ergänzte die Ausführungen des Referenten und appellirte an die Kollegen zur größtmöglichen Ruhe und Besonnenheit. — Kollege Sietner schlägt vor, sofort in den Streik einzutreten. Durch diese Verzögerung würden die Meister einen großen Vorprung bekommen. — Das Mitglied der Streik-Kontrollkommission, Heinzmann, warnt ebenfalls vor Ueber-

führung. Ein Streik sei kein Kinderpiel, es spreche praktische Gründe dafür, den Streik bis nach der Generalversammlung aufzuschieben, bis dortin müsse aber der Preis der Organisirten, obwohl deren Zahl in letzten Wochen tief angewachsen ist, noch erweitert werden. Kollege Friedmann schlägt noch vor, Flugblätter herauszugeben, um das Publikum von den berechtigten Forderungen der Gehilfen in Kenntniß zu setzen.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heute im Sabelberger Keller tagende, von 1500 Gehilfen besuchte Bäckerversammlung ist der Ueberzeugung, daß nach den gepflogenen Verhandlungen mit der Innung eine Verständigung mit dieser Körperschaft nicht zu erzielen ist.

Die Innung hat das versprochene Entgegenkommen nicht gezeigt, und die in die Tagesblätter langirten Berichte und Artikel der Innung waren nur dazu angehan, das Publikum zu täuschen. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission, die mit der Innung bisher ungelösten Verhandlungen (vorausgesetzt, daß die Innung auch fernerhin auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharrt) abzubrechen und die Forderungen zur geeigneten Zeit an die einzelnen Meister hinauszugeben.

Die wenigen noch der Organisation fernstehenden Kollegen verpflichten sich ebenfalls, dem Deutschen Bäckerverbande beizutreten, der die Forderungen der Gehilfen mit allen gesetzlichen Mitteln zur Durchführung zu bringen hat.

Wird sich also die Innung nicht bald besinnen und ihren provisorischen Standpunkt verlassen, so werden sich die Gehilfen mit ihren Forderungen an die einzelnen Meister wenden, und die Zahl derer, welche Ueber bewilligen, als ihre Existenz auf's Spiel setzen, wird nicht klein sein. Die übrigen tragen selbst die Verantwortung dafür, wenn die Gehilfen dann zur Ergründung mexicanischer Zustände zum Streik und Boykott greifen.

Das Organ der Münchener Innung führt einen sonderbaren Gierfang auf, indem es schreibt:

„Druck erzeugt Gegendruck, und wenn die Gehilfen mit Gewaltmaßregeln und Brutalität zu kämpfen versuchen, dann wird die Innung gezwungen sein, auch ihrerseits zu den gleichen Mitteln zu greifen, welche aber, um die Zusammengehörigkeit nicht so zu stören, wohl lieber vermieden werden sollen.“

Die Gehilfen haben nicht das geschadet, was sie in ihrem ersten Schreiben an die Innung hervorgehoben haben, in Güte zu verhandeln, denn der Gang der Dinge hat gezeigt, daß sie nicht Verhandlungen, sondern Bekämpfung der Meister wollen.“

Gar so gern möchte man die Schuld auf die Gehilfen schieben und sich als die unschuldigen Schützen hinstellen, doch auch dieser Versuch wird ihnen nichts nützen. Das denkende Publikum weiß, auf welcher Seite das Recht ist, und wird darnach handeln.

Eingekandt.

Da Kollege Götz-Dresder über das Thema „Die Unterhaltungsschrift“ Meinungen äußern möchte, stimme ich ihm vollständig bei. Mit dieser Sache hatte ich mich schon längere Zeit beschäftigt, schwieg aber aus dem Grunde, weil ich glaube, es hätte Niemand Interesse für die Sache. Es werden viele Schundromane, Indianergeschichten usw. gelesen; nur „In freier Stunden“ kann ich jedem Kollegen empfehlen, diese sind sehr sinn- und lehrreich. Im Interesse des Verbandes halte ich die Unterhaltungsschrift zweckmäßig in unserer Fachzeitung; dieselbe ist lehrreich und spornt die Kollegen zum Denken an. Ich glaube, daß wir dadurch mehr Mitglieder im Verbands erzielten und sich genug Kollegen finden, die der Schrift Material senden. Wegen Raum-mangel in unserer Fachzeitung unterbleibt viel Nützliches.

Zu meinem größten Bedauern ist in Schiffszig-Holstein die kaum ein Jahr bestehende Zahlstelle Simshorn eingegangen. Wie gewonnen, so zerronnen! Es giebt Kollegen, die sich für unsere Sache sehr interessieren, aber als Leiter einer Zahlstelle nicht vorstehen können, da es ihnen nicht gegeben ist, in der Oeffentlichkeit zu reden. Wenn das der Fall ist, so sollte der Betreffende lieber auf den Posten verzichten, er schädigt die Sache mehr, als er ihr dient. Man hört dann oft sagen: „Mit dem ist nicht viel las!“ Kein Wunder, wenn sich die Mitglieder allmählich zurückziehen, daher schwacher Besuch und schließlich Auflösung der Zahlstelle. Ich halte die Unterhaltungsschrift daher für die wichtigste und zweckmäßig. Um die nöthigen Mittel zu beschaffen, schlage ich vor, daß jedes Mitglied 10 Pfg. Ortssteuer bei 14 tägigem Erscheinen zahlt; sollte das Erscheinen der Fachzeitung auf alle 8 Tage festgesetzt werden, so müßte man monatlich 20 Pfg. erheben. Man giebt manchmal Gesellen unnöthig aus, darum muß auch hierfür etwas übrig sein.

Vielach hört man Klagen, wenn ein Mitglied erkrankt und meldet es, daß er keinen Besuch erhält; man schreit ihm die Fachzeitung per Post und die Sache ist abgethan. Das nennt man dann Solidaritätsgefühl! Es ist zu bedauern, daß man zu dem Kollegen nicht hinget, sich nach dem Befinden erkundigt, ob er mit der Behandlung, etc. usw. zufrieden ist, und in kurzen Worten über die Veranlassung mit ihm spricht. Es ist eine große Freude für den Kranken, wenn er Besuch empfängt und sich ausdrücken kann. Ich mache deshalb folgenden Vorschlag: Findet eine Zahlstelleversammlung alle vier Wochen statt, so sind für die Zahlstelle vier krankensucher zu wählen, und jeder krankensucher hat eine Woche die Tour. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, das Amt anzunehmen. Jedoch darf kein Unterschied gemacht werden, ob es zugereicher Kollege oder ein ständiges Mitglied der Zahlstelle ist. Jeder Krankensucher nimmt etwaige Wünsche und Klagen an und läßt dieselben gewisserhaft aus.

Kiel. Hermann Göhr.

Wie der Versammlungsbericht von Altona in Nr. 6 unseres Fachorgans zeigt, ist von dort der Antrag gestellt, unser Blatt wöchentlich erscheinen zu lassen. Dies ist aus zu begrüßen. Sämmtliche Mitglieder sollten ihren Beitrag die Weisung mitgeben, dafür einzutreten. Wenn man bedenkt, daß tüchtige Rednerkräfte in unserm Verbands sind, und diese sich hauptsächlich nur in den größeren Mitglieberschaften aufhalten, so ist es leicht begreiflich, daß unsere Organisation nur langsame Fortschritte macht und in den kleineren Orten schwer Fuß fassen kann, um daselbst nach einiger Zeit spurlos wieder zu verschwinden, aus dem einfachen Grunde, weil die nöthigen Kräfte nicht vorhanden sind, um dieselbe zu halten.

Derjenige, welcher list, wird aufgeföhrt. Gerade hierin ist die große Masse der Kollegen zu lau, nachdenken giebt es nicht, gleichgültig leben sie dahin, denken nicht von heute auf morgen. Zu wundern braucht man sich auch nicht, denn die übergröÙe Arbeitszeit, trotz Bundesrats-Verordnung, sowie die ganze Lebensweise trägt die Hauptschuld daran. Wie soll der Mensch, wenn er nicht etwas Energie besitzt, da noch die Lust zu geistiger Nahrung hernehmen.

Unsere Arbeitgeber haben das größte Interesse daran, die große Masse in ihrer Stuptheit zu belassen, desto mehr lassen sie sich zu ihren Zwecken gebrauchen. Ein Geselle, der ein Buch zur Hand nimmt, wird von dem Meister immer scheel angesehen, und am liebsten überzeugte er sich, was darin steht. Noch schlimmer geht es mit unserer Zeitung. Wie dieselbe im Laden abgegeben, so bekommt der betr. Kollege sie in den wenigsten Fällen, auf jeden Fall list der Meister dieselbe zuerst.

Sollte der betr. Antrag angenommen werden, so ist es damit allein auch noch nicht gethan. Die Hauptsache ist, daß die Kollegen das Blatt auch regelmäßig erhalten. Hierin wird oft viel gesündigt. Mittel und Wege ausfindig zu machen, um das Blatt in die richtigen Hände gelangen zu lassen, ist Sache der Vorstände. Es bietet sich hierbei ein ergiebiges Arbeits- und Organisationsfeld, um hierdurch der Allgemeinheit zu dienen. Sollten die Vorstände es möglich machen können, daß die Mitglieder die Zeitung regelmäßig erhalten, so ist damit schon viel erreicht. Ein jeder denkende Kollege freut sich auf den Tag, an dem er das Fachblatt bekommen soll. Erhält er dieses nicht regelmäßig, so muß er sich sagen, daß der Vorstand seine Pflichten nicht ernst nimmt, daß er nicht das nötige Interesse für die Allgemeinheit hat, und so wird das Mitglied auch gleichgültig und fällt zuletzt ab.

Die geistigen Interessen der Mitglieder zu wahren und zu fördern, schreibt § 3 unseres Statuts vor. Bibliotheken können sich die kleineren Mitgliedskassen nicht anschaffen; wie ließe sich dies besser bewerkstelligen, als durch kräftige Verbreitung unseres Fachblattes.

Unser Fachblatt ist der Kitt, der uns zusammenhält nur dadurch erfahren wir, wie es in den verschiedenen Orten in unserem Berufe aussieht, nur dadurch werden die Schattenseiten aufgedeckt, nur dadurch wird Licht in die große Masse gebracht, so daß wir hoffen können, daß mit der Zeit alle Kollegen der Organisation sich anschließen. Sorgt für gute Verbreitung desselben und die Frucht kann und wird nicht fehlen. P. J.

über den Maximalarbeitsstag und den Uebelständen in den Bäckereien.

Man oft hört man die Kollegen unter sich fragen: „Wie lange habt Ihr heute gearbeitet?“ und leider erfolgt öfters meistens die Antwort: „2 ja sogar oft 4 Stunden über die gesetzliche Zeit.“ Das ist traurig. Nun herrschen darüber sehr oft irrige Meinungen. Spricht man mal dagegen, dann heißt es von verschiedenen Seiten: „Wer selbst mal Meister werden will, denkt anders.“ Das ist nach meiner Ansicht grundfalsch. Wenn die Gesetzesverordnung nicht sehr groß nötig gewesen wäre, dann würde dieselbe bestimmt nicht in Kraft getreten sein, denn die Gegenpartei war doch wohl kräftig genug. Nun sagen verschiedene Kollegen: „Ich habe nur aus reinem Willen so lange gearbeitet.“ Das sind recht menschenfreundliche Seelen, gebe ich wohl zu, aber wird ihnen dann mal für eine Ueberstunde von Seiten des Meisters durch eine Bezahlung entgegengelommen? Ich glaube höchst selten ist dies der Fall. In vielen Dörfern der Umgegend muß die Verordnung strikte eingehalten werden, dagegen trifft man wieder Ortschaften an, wo die Meister sich so anstellen, als wenn ihnen die Verordnung ein böhmisches Dorf wäre. So machte ich kürzlich in F. den Meister austrerjan, daß er Kalender und Gesetzeszettel anschaffen mußte und erhielt die verblüffende Antwort: „Ja, was schall denn dat bedüen?“ Ich lachte und staunte, daß der Mann noch gar keine Ahnung von dem Gesetz hatte und machte ihn darauf aufmerksam, daß die Tafeln nicht nur zur Verschönerung der Wände (die seit 15 Jahren nicht geputzt sind), angebracht werden mußten, sondern auch deren Bestimmungen im Betriebe durchgeführt werden sollten. Das war in einer Bäckerei! Hier wäre es auch angebracht, daß bald mal kontrolliert wurde.

hier Wandel zu schaffen, muß die Organisation der Stadt nicht bloß die Betriebe der Stadt kontrollieren, sich auch um die Umgegend kümmern; das kostet viel Geld und ist ein erfolgreiches Tätigkeitsfeld. Auch die einzelnen Kollegen dürfen nicht mehr so gleichgültig sein. Man braucht ja das nicht öffentlich mit großen Worten zu publizieren. Man lasse nur nicht nach, die Gesetzesverordnung aufrecht zu erhalten, denn es ist nur Gutes, was wir davon ernten. Was ist aber nur zu erzielen, was folgendem Mahnruf treubleiben: Seid einig, einig, einig ruft ein altes Wort uns zu. Ja, diese Einigkeit ist es, die uns zusammengeführt und stark gemacht, sie würde denn auch ferner unter uns walten.

Den Kollegen von Fosen und Umgegend zur Nachricht, daß das Bureau und Lesezimmer des Gewerkschaftsstatuts sich von jetzt an Diebstauerstraße 9 pt. (Eingang Laubenstr.) befindet. Anmeldungen für den Verband werden dort jederzeit entgegengenommen. Die „Deutsche Bäckerzeitung“ ist daselbst aus. Der Vertrauensmann.

Aus dem Gerichtssaal.

Frankfurt a. M. Am 22. März stand wieder einmal Bäckmeister Stein vor dem hiesigen Gewerbegericht. Stein war ein Geselle, der von Herrn Stein ohne Kündigung entlassen war und dafür Entschädigung verlangte. Herr Stein erklärte, daß er aus zwei Gründen zu der Kündigung verpflichtet sei, 1. habe der Geselle sich geweigert, eine Arbeit zu thun und 2. habe er eine Sachbeschädigung begangen. Den ersten Grund erkennt das Gericht nicht als sachhaltig an. Dagegen erklärt es die sofortige Entlassung wegen des zweiten Grundes als zulässig und weist die Entschädigung ab. Interessant ist die Art dieser angeblichen Sachbeschädigung. Bekanntlich dürfen nach der Bäckereigesetz-Verordnung die Bäckmeister an nicht mehr als 20 Ueberstunden machen lassen. Um nun eine Kontrolle durchzuführen, muß jeder Bäckmeister in der Werkstätte ein Kalender anhängen und auf demselben jeden Tag verzeichnen, an dem Ueberstunden gemacht worden sind. Da Herr Stein die Ueberstunden nicht als Ueberstunden ansah und deshalb die vorgezeichnete Kennzeichnung der Ueberstunden-Lage nicht machte, so that dies der Geselle. Hierin sieht das Gericht die Sachbeschädigung, weil der Meister dem Gesellen verboten hatte, irgend etwas am Kalender zu thun. — Wir möchten bei dieser Gelegenheit die Kollegen nochmals davor warnen, wenn Ueberstunden gemacht werden, dies selbst auf der Kalendertafel zu vermerken. Dazu ist der Arbeitgeber nur allein verpflichtet und thut er es nicht ohne Weiteres,

so haben die betreffenden Kollegen von ihm zu verlangen, daß er den Vermerk einträgt, oder sich genau den Tag und die Zeit, wie lange übergearbeitet worden ist, aufzuzeichnen und den Meister wegen der Uebersetzung zur Anzeige zu bringen. Eigenmächtiges Durchlöcher oder Durchstreichen der Tage mit Ueberarbeit auf der Kalendertafel wird stets nur zum Schaden der Kollegen sein, deshalb unterlasse man dieses und bringe die gesetzvorsuchenden Bäckmeister zur Anzeige! D. Med.)

Veranstaltungs-Sprüche.

Hannover. In der öffentlichen Bäckerversammlung, die am 16. März im „Ballhofs“ tagte, referierte der Vorsitzende des deutschen Bäckerverbandes O. Altmann-Hamburg, über die Organisation der Großindustrie in der Nahrungsmittelbranche und über das Zwangsströmungswesen. In der Diskussion wurden gegenseitige Ansichten nicht vertreten. Es folgte dann folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 16. März tagende öffentliche Bäckerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und macht es sich zur Pflicht, den jetzigen Betriebsumwälzungen Rechnung tragend, für den weiteren Aufbau an die Organisation zu sorgen, sowie im Hinblick auf die bevorstehende Zwangsströmung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß nur solche Kollegen in den Gesellenausschuß gewählt werden, die es sich voll und ganz zur Pflicht machen, die Interessen der Gehilfen zu vertreten und den Uebergriffen des Unternehmertums entgegenzuwirken.“

Unter „Verschiedenes“ wurde Klage geführt über Lohnbrückerlei von einigen Kollegen, die „Kuldsarbeiten“, wofür sonst 2.50 bis 3 Wfl. bezahlt seien, für 1.50 bis 2.50 Wfl. verrichtet hätten. In der bekannten Sache der Hannoverischen Profabrik wurde konstatiert, daß bereits verschiedene Verbesserungen stattgefunden haben. — Im Anschluß an diese Veranstaltung fand im Verbandslokale bei Wiche eine außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung statt. Eine ganze Anzahl Kollegen ließen sich als Mitglieder aufnehmen. Kollege Altmann hielt eine zu Herzen gehende Ansprache, in welcher er die Mitglieder an ihre Pflicht erinnerte, stets so vollzählig wie heute in den Mitgliederversammlungen zu erscheinen und sich durch rege Disziplin zu bilden, dann würden auch die Innungsmeister mit ihren Trabanten, sollten sie fernerhin noch Lust verspüren, Protestversammlungen gegen den Maximalarbeitsstag zu inszenieren, in ganz anderer Weise als in früheren Jahren von den Kollegen abgeführt werden können. (Anm. des Schriftf. Auch ich möchte die Mitglieder bitten, keine Versammlung zu schwängen, denn zu berathen giebt es jetzt gerade genug. Wir haben außerdem auf dem Boden zu sein, wirkliche Vertreter unserer Interessen in den Gesellen-Ausschuß der zu errichtenden Zwangs-Innung zu wählen!)

Hamburg a. E. Versammlung vom 8. März. Zunächst wurde Stellung zu der vom 9.—11. April in München tagenden Generalversammlung genommen. Hierzu beantragte Kollege Straßberger: „Von der Entsendung eines Delegierten zur Münchener Generalversammlung abzusehen.“ Antragsteller hebt die großen Unkosten hervor, welche dadurch der Mitgliedschaft entstehen würden. Da aber von den meisten Mitgliedern Extrabeiträge schwer einzufassen seien, so würde die Lokalkasse schwer geschädigt werden. Ferner sei es angesichts der in diesem Jahre ausstehenden Strafs nicht notwendig, daß wir etwas in der Kasse hätten, um dort gleich als erste Hilfe Geld hingschicken. Auch seien die Gegenstände, die in München zur Verathung stehen, nicht von so großer Wichtigkeit. Kollege Stnaad kritisierte die Anträge betr. der Arbeitslosen-Umvertheilung und empfahl, dem Delegierten, falls der Antrag Straßberger abgelehnt werden sollte, ein gebundenes Mandat auf Ablehnung jeglicher Arbeitslosen-Umvertheilung aufzutragen. Die Kollegen Jarcin, Böser, Meyer und andere treten für die Beschickung der General-Versammlung ein. Der Antrag Straßberger wird hierauf in geheimer Abstimmung mit 15 gegen 7 Stimmen angenommen. Zu dem Punkt: „Anträge zur Generalversammlung“ wurde ein Antrag, bezüglich anderweitiger Regelung der Reiseunterstützung, angenommen. Ein weiterer Antrag, einige Stenographen, so weit sie in unserm Verband in Betracht kommen, zu den Generalversammlungen mit heranzuziehen, wird vom Antragsteller zurückgezogen. Sodann wird das neue Gewerkschafts-Regulativ, bezw. Konstituierung eines neuen Gewerkschafts-Ausschusses an Stelle des aufgelösten alten, genehmigt. Ebenso wird beschlossen, daß auch fernerhin die Anträge hierzu aus der Lokalkasse entnommen werden sollen. Für die Familien der Vobtauers „Zuchthäusler“ werden noch nachträglich 10 Wfl. bewilligt. Der Hamburger Zahlstelle, welche am heutigen Tage ihr Stiftungsfest feiert, wird ein Glückwunschtelegramm gesandt.

Hildorf. Öffentliche Versammlung vom 16. März. Tagesordnung: Die Forderungen der R. Dorfer Gesellenschaft und wie stellen sich die Meister dazu? Referent: Altgeselle Richter. Der Kollege Richter führte die Forderungen einzeln vor und daß die Hildorfer Kollegen den Berlinern nicht nachstehen dürfen. An der Diskussion beteiligten sich hauptsächlich die Bäckmeister Hagen und Lehmann, die Kollegen Richter, Hedert, Skrublin, Beiler und Stubbe. Es wurde eine Kommission von 6 Mitgliedern gewählt, welche mit den Meistern verhandeln soll. Im Verschiedenen forderte Kollege Stubbe die Kollegen auf, eine Sammlung für die Kreisfelder Weber und zum Kranz der Märzgefallenen zu veranstalten. Es wurden für die Weber 7 Wfl., zum Kranz 3 Wfl. gesammelt. Hierauf Schluß der Versammlung um 7 Uhr.

Büdingen. In der am Dienstag, den 26. März abgehaltenen öffentlichen Bäcker-Versammlung hielt Genosse Bullmer einen Vortrag über „Bedeutung der Organisation.“ Referent besprach eingehend das Wort „Koalition“ in allgemeiner verständlicher Weise, ebenso das Zusammenschließen der verschiedenen Berufe in früheren Jahrzehnten, kam dann auf das Bäckereigesetz zu sprechen, welches die Auflösung sämtlicher Verbände zur Folge hatte. Nach Aufhebung des genannten Gesetzes ist aber um so mehr an der Zusammenfassung gearbeitet worden. Ferner betonte er, daß in den letzten Jahrzehnten schon Kämpfe mit den Unternehmern ausgetragen wurden, so bei den alten Ägyptern und Römern; im Mittelalter hätten einmal die Zuchthäusler sich gegen die Unternehmer aufgelehnt und wären mit den Stobdegen in der Hand vorgegangen, um sich bessere Lebensbedingungen zu verschaffen. Nach seinen Ausführungen, welche mit großem Beifall aufgenommen, schritt man zur Distinktion einiger zur Generalversammlung beantragter Punkte. Das wöchentliche Erscheinen der Bäckerzeitung soll bekämpft werden wegen der entehrenden Kosten, weil durch die bevorstehenden Kämpfe es an Ausgaben nicht fehlen wird. Die Unterstützung verheirateter Kollegen bei Unglücken und dergleichen soll befürwortet werden.

Gewerkschaftliches.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich seit Anfang Februar noch weiter gebessert. Die seltene Sunst der Geschäftskonjunktur, die schon im Januar zu verzeichnen war, hat nach der Berliner Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ im Februar etwas kaum glaublichen Grad erreicht. Die Bismarck der Arbeitsnachweiserwaltung weisen gegen den Vormonat sowohl wie ganz besonders gegen den entsprechenden Monat des Vorjahres: es seien erheblichen Rückgang der Arbeitsuchenden nach. Im Monat Februar 1898 kamen auf 100 offene Stellen 134.2 Arbeitsuchende, im Januar dieses Jahres 131.6, dagegen im Februar dieses Jahres nur 111.1. Ein solcher Tiefstand des Angebotes Arbeitsuchender ist bisher einzig dastehend. Von 58 Arbeitsnachweiser weisen im Vergleich zum Februar vorigen Jahres nicht weniger als 41 (+ 1 ausländischer) eine Abnahme und nur 14 (+ 2 ausländische) eine Zunahme des Andranges auf.

Die Angst vor dem Brothrott und wie derselbe abzuwenden ist, beschäftigt noch immer das edle Hirn so mancher Bäckmeister. Diese gefährdete Waffe der Arbeiterkraft durch vernünftiges Nachgeben gegenüber den zeitgemäßen Forderungen der Gesellen zu vermeiden, daran denken die Herren natürlich nicht; sie rufen vielmehr nach dem Staatsanwalt, der Vollzeitsnippel soll sie in ihrer vermeintlichen Noth schützen vor der Wucht der Solidarisität der Arbeiterschaft. So schreibt denn ein Meister Merkel im Innungsorgan: „Wäre es denn nicht möglich, dieses Schreckgespenst Boykott auf dem Prozeßwege aus der Welt zu schaffen? Ich für meine Person halte den Boykott für eine freibare Handlung.“ Ob der betreffende Herr auch den Boykott der Militärbehörden gegen Lokalinhaber für eine strafbare Handlung hält, sagt er dabei allerdings nicht. Oder gilt für ihn auch das geflügelte Wort: „Wenn zwei dasselbe thun, so ist das doch nicht dasselbe?“ Doch wir können dem Herrn schon heute versichern, daß es die Arbeiterschaft jetzt und auch in Zukunft verstehen wird, trotz Zuchthauskurs den Boykott trotz fündigster Staatsanwälte zur Anwendung zu bringen, wenn sie denselben für nötig hält. Er ist eine gewichtige Waffe in den wirtschaftlichen Kämpfen der Arbeiter geworden und wird es bleiben, trotz des Geschreies nach Staatsanwalt und Polizei!

Die Hamburger Bäckerinnungs-Herberge, das Hazardspiel und der Herbergewirth Neumann. Daß die Herberge der Bäckerinnung eine gemeingefährliche Spielhöhle, ist allgemein bekannt. Schon manchem Gesellen ist dort sein sauer verdientes Lohn durch gewerbsmäßige Spieler abgenommen worden, die dort ungenirt ihr Unwesen treiben. Die Innung hat nichts gethan, um hier Wandel zu schaffen; der Polizei ging die Wirthschaft auf der Bäckerinnungs-Herberge schließlich über die Fuchsnur und sie hat dem Herbergewirth Neumann der mehrfach vorbestraft und auch mehrfach verurteilt worden ist, die Konzession zum Schantbetriebe entzogen. Hiergegen hatte Neumann Rekurs eingelegt. Er berief sich darauf, daß er, wenn er unerlaubte Spiele bemerkt, gesagt habe: „Laßt es doch sein, Ihr wollt Euch wohl verschütten lassen!“ Ferner stütze er sich auf ein Zeugniß der Bäckerinnung, in welchem ihm der Vorstand der Innung befundet, daß er der geeignete Mann für die Herbergewirthschaft sei, weil er der sozialistischen Agitation in seinem Lokal mit Energie entgegengetreten und stets bemüht gewesen sei, den sozialistisch gesinnten Gesellen eine andere politische Meinung beizubringen! — Die Polizeibehörde machte hiergegen geltend, daß Rekurrent bereits mehrfach verurteilt, auch wegen obigen Vergehens mit Wfl. 100 Geldstrafe und außerdem schon wegen anderer Vergehen bestraft sei. Ferner sei N. bei der bekannten Spielhölle der Bäder nicht energisch genug und wenig vorichtig vorgegangen. Der Bescheid der Rekursinstanz ist ausgeföhrt worden. — Der Bäcker-Innung scheint darnach an der Befestigung des gewerbsmäßigen Spieles in der Innungs-Herberge, durch welches den Bäckergehilfen die Taschen ausgeräumt werden, nichts gelegen zu sein, wohl aber etwas an der Bekämpfung der Sozialdemokratie. Auch eine Moral, aber was für eine! Uebrigens ist uns nichts davon bekannt, daß der Herbergewirth Neumann auch nur die geringsten Erfolge in der Sozialistenreferat aufzuweisen hätte; dafür gebietet es ihm auch an jeder Befähigung. Sein Wissensgebiet erstreckt sich im Wesentlichen auf „Meine Tante, Deine Tante“ und deren Verwandtschaft.

Aus Würzburg. In der Münchener Bäckerzeitung hatte ein hiesiger S. W. ein paar Artikel über die jüngste hier stattgefundene Gehilfenbewegung veröffentlicht. Die weitestprooukte der Innungsleuchte stellen nicht nur alles sich hier Ereignisse vollständig auf den Kopf, sie geben auch einen trefflichen Wapstab zur Beurteilung der niedrigen Handlungsweise, die von jeder die paar Innungsschreier und ihre eraltierten anhängigen Mehlwurmer ausgezeichnet hat. Die letzte ungewöhnlich stark besuchte Gehilfenversammlung faßte dem gegenüber folgende Resolution: „Die heutige allgemeine Bäckergehilfenversammlung verwahrt sich entschieden gegen die in dem Münchener Innungsorgan seitens des S. W. Entsendens gemachten Unterstellungen, die lediglich der Plusmacherei dienend zu den wirklichen Begebenheiten in einem ganz bedentlichen Verhältnis stehen und nur den Zweck haben, den nicht direkt beteiligten Berufsangehörigen eine falsche Meinung zu suggerieren. Es ist unwar, daß sich sämtliche Würzburger Gehilfen mit dem am Orte bestehenden Verhältnis zufrieden erklärt haben. Ebenso sind nach wie vor die Gehilfen der festen Ueberzeugung, daß die gesetzlichen Forderungen sehr leicht durchzuführen sind. In der Frage der Stellenvermittlung etc.“ Die Versammlung, daß das städtische Arbeitsamt größtentheils als Aushängeschild benützt wird, da heute noch die Stellenvermittlung von den dienstbaren Innungsgeistern dem Herrn Jull und der Frau Saurader vorgezogen wird. Auch erklärt die Versammlung, daß der Inhalt des Flugblattes nicht nur streng den Thatsachen entspricht, sondern sogar noch äußerst schonend die bestehenden Mißverhältnisse beleuchtet hat. Sie erklärt sich mit der damaligen Haltung der Kommission einverstanden und betrachtet auch, jener den Verband der Bäcker Deutschlands als die geeignetste Interessensvertretung.“

Bienitz. Nachdem sich auch die hiesigen Bäckergehilfen ihrer Organisation angeschlossen haben, müssen und trachten die Meister darauf, letzts durch Erörungen, theils durch Verprechungen, ihre Arbeiter vom Besuche der Versammlungen resp. von dem Anschluß an die Organisation abzuhalten. In einer am 28. März abgehaltenen öffentlichen Versammlung wurden die Meister in richtigen Richte hingeleut. Ferner wurde von der Kommission Bericht erstatet über die Maßnahmen betrefis Gewährung der Freinacht vom 2. zum 3. Quartale. Auf ein an die Meister gerichtetes Zirkular hat nicht ein einziger sich erklärt, die Freinacht in seinem Betriebe einzuföhren. Nur nicht-ständige prophanhafte Redensarten und der Kommission mit auf den Weg gegeben wurden. Durch dieses Verhalten haben wieder einmal die Herren Meister bewiesen, daß das gütliche Entgegenkommen, wie sie es dem Publikum gern weiß machen, eine leere Behauptung ist.